

An alle Mitglieder des
SPD-Unterbezirks Kreis Kleve

28.06.2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Auftrag des UB-Vorstandes laden wir Euch herzlich ein zum

Unterbezirks-Parteitag
am Freitag, 15. Juli 2011, um 18:00 Uhr,
in das Bürgerhaus Uedem, Agathawall 11, 47589 Uedem

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Konstituierung

- a) Eröffnung und Begrüßung
- b) Wahl eines Parteitagspräsidiums
- c) Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- d) Beschlussfassung über die Geschäfts- und Tagesordnung

2. Berichte und Reden

- a) Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- b) Projekt „Starke Basis“ – Rede des stellv. UB-Vorsitzenden Norbert Killewald

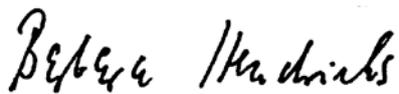
3. Anträge

4. Verschiedenes

5. Schlusswort

Zwar haben nach der Satzung unserer Partei nur die gewählten Delegierten Stimm- und Rederecht auf dem Parteitag. Wir würden uns aber sehr freuen, wenn im Sinne einer starken Basis darüberhinaus viele Mitglieder kommen würden. Insofern ergeht eine herzliche Einladung an alle Mitglieder unserer Partei, womöglich am 15. Juli am Parteitag teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Barbara Hendricks
Vorsitzende



Johannes Stracke
Geschäftsführer

Reihenfolge der Anträge an den Parteitag des SPD-Unterbezirks Kreis Kleve vom 15.07.2011 in Uedem

Nummer	Betreff	Antragsteller
	Starke-Basis-Anträge:	
S1	Starke Basis I	UB-Vorstand
S2	Starke Basis II	UB-Vorstand
S3	Starke Basis III	UB-Vorstand
S4	Starke Basis IV	UB-Vorstand
S5	Starke Basis V	UB-Vorstand
S6	Starke Basis VI	UB-Vorstand
	Weitere Anträge:	
W1	Bildungspolitik	UB-Vorstand
W2	Agrobusiness	UB-Vorstand
W3	Beschränkung der Intensivtierhaltung im Außenbereich	OV Geldern
W4	Kindernotfallkarte	OV Issum
W5	Notfallkarte für allein lebende Menschen	OV Issum
W6	Mandatsabgaben	OV Wachtendonk
W7	Nacht-Taxi	Jusos Kreis Kleve
W8	Finanzielle Unterstützung der Jusos durch den UB	Jusos Kreis Kleve
W9	Parteiordnungsverfahren gegen Dr. Thilo Sarrazin	Jusos Kreis Kleve
W10	Rente „jetzt“	AG 60plus Kreis Kleve
W11	Reduzierung der sog. Minijobs	AsF Kreis Kleve

Satzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Unterbezirk Kreis Kleve

§ 1 Name, Gebiet, Sitz

- (1) Der Unterbezirk führt den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands Unterbezirk Kreis Kleve“.
- (2) Sein Tätigkeitsbereich im Sinne des Parteigesetzes ist das Gebiet des Kreises Kleve.
- (3) Sitz des Unterbezirks ist Kleve.
- (4) Sitz der Geschäftsstelle ist Kleve, Nebenstellen können bei Bedarf eingerichtet werden.

§ 2 Gliederung

- (1) Der Unterbezirk gliedert sich in Ortsvereine.
- (2) Tätigkeitsbereich der Ortsvereine ist in der Regel das Gebiet der jeweiligen politischen Gemeinde. Vor Änderungen sind die Vorstände der direkt betroffenen Ortsvereine sowie der Unterbezirksausschuss zu hören.

§ 3 Organe

Organe des Unterbezirks sind:
der Unterbezirks-Parteitag
der Unterbezirks-Ausschuss
der Unterbezirks-Vorstand

§ 4 Unterbezirksparteitage

- (1) Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirkes.
- (2) Jährlich findet mindestens ein UB-Parteitag statt. Er setzt sich aus den gewählten Delegierten der Ortsvereine und den Mitgliedern des UB-Vorstandes zusammen.
Beratende Mitglieder sind:
 - der oder die Vorsitzende des UB-Ausschusses
 - der oder die Vorsitzende der Kreistagsfraktion
 - die Ortsvereinsvorsitzenden
 - die im Unterbezirk wohnenden Mitglieder der SPD-Parteivorstände auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene,
 - die Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten
 - die Revisoren
 - je 1 Vertreter oder Vertreterin der UB-Arbeitsgemeinschaften
 - der UB-Geschäftsführer oder die UB-Geschäftsführerin
 - und vom Vorstand als Teilnehmer oder Teilnehmerinnen geladene Gäste.

- (3) Die Delegierten zum Unterbezirksparteitag werden von den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine für 2 Jahre gewählt. Die Ortsvereine entsenden insgesamt 120 Delegierte. Jeder Ortsverein enthält mindestens zwei Delegierte. Es wird die gleiche Anzahl von Ersatzdelegierten gewählt. Die Verteilung der Mandate auf die Ortsvereine erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den der Delegiertenwahl vorausgegangen 4 Quartalen Beiträge abgeführt wurden. Findet die Wahl jedoch im ersten Monat eines Quartals statt, so bleibt das vorhergegangene Quartal unberücksichtigt. Die festgestellte Mitgliederzahl gilt für die Dauer der Wahlperiode von 2 Jahren als Berechnungsgrundlage.
- (4) Der Unterbezirksparteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, wählt die Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung. Zu seinen besonderen Aufgaben gehören:
- a) Beschlussfassung über eingegangene Anträge,
 - b) Wahl des UB-Vorstandes, der Revisoren und der UB-Schiedskommission für die Dauer von 2 Jahren,
 - c) Wahl der Delegierten des Unterbezirkes zu jedem überregionalen Parteitag und zum Bezirksausschuss,
 - d) Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag, Landtag und Bundestag, unter Berücksichtigung der besonderen gesetzlichen Bestimmungen (vgl. § 5 (1)),
 - e) Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes:
des UB-Vorstandes
des UB-Ausschusses
der Kreistagsfraktion
der Arbeitsgemeinschaften
 - f) Entgegennahme des Revisionsberichtes und Entlastung des UB-Vorstandes,
 - g) die Beschlussfassung über die von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und Trägerinnen und Trägern öffentlicher Ämter nach § 2 Abs. 1+2 Finanzordnung abzuführende Beträge und das hierbei anzuwendende Verfahren.
- (5) Unterbezirksparteitage werden durch den UB-Vorstand nach Möglichkeit mit langfristiger Vorankündigung einberufen. Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung ist mindestens 3 Wochen, die Beratungsunterlagen sind mindestens 10 Tage vor dem Parteitag abzusenden.
- (6) Der UB-Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der nach § 4 (3) stimmberechtigten Delegierten anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist zu Anfang und auf Antrag während der Versammlung förmlich festzustellen. Die Leitung übernimmt ein 5köpfiges Präsidium (3 Versammlungsleiter oder -leiterinnen, 2 Schriftführer oder -führerinnen).
- (7) Anträge an einen UB-Parteitag sind vom UB-Vorstand, dem UB-Ausschuss, den Arbeitsgemeinschaften auf UB-Ebene, den Stadtverbänden oder den Ortsvereinen bis spätestens 15 Tage vor dem Parteitag der UB-Geschäftsstelle zuzuleiten. Diese hat die Anträge bis spätestens 10 Tage vor dem Parteitag an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer abzusenden. Anträge, die nach dieser Frist eingehen (Initiativanträge), sind nur dann von dem Parteitag zu beraten, wenn sie von mindestens 1/3 der Delegierten, die aus

mindestens 5 Ortsvereinen stammen müssen, unterschrieben sind. Initiativanträge werden nur dann zur Beratung zugelassen, wenn diese sich auf aktuelle Anlässe beziehen, welche nach Ablauf der Antragsfrist eingetreten sind. Über die Zulassung von Initiativanträgen entscheidet der UB-Parteitag auf Vorschlag der Antragskommission. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung.

- (8) Vor dem Parteitag ist eine 5köpfige Antragskommission zu bilden, die im Einvernehmen zwischen dem UB-Vorstand und dem UB-Ausschuss gebildet wird. Zwei Mitglieder benennt der UB-Vorstand, drei Mitglieder werden vom UB-Ausschuss gewählt.
- (9) Unterbezirksparteitage finden auf Beschluss des UB-Parteitages, des UB-Ausschusses oder des UB-Vorstandes statt. Er muss innerhalb von 3 Wochen einberufen werden, wenn 1/3 der Delegierten oder mindestens 4 Ortsvereine es unter Angabe der Tagesordnung verlangen. In dringenden Fällen können die Fristen gem. § 4 (5) unterschritten werden. Die Dringlichkeit wird vom UB-Vorstand festgestellt.
- (10) UB-Parteitage sind in der Regel öffentlich. Die Öffentlichkeit kann in nichtöffentlicher Beratung ausgeschlossen werden. Dies gilt nicht für Parteimitglieder. UB-Parteitag-Beschlussprotokolle gehen den Ortsvereinsvorständen zu und können von jedem Parteimitglied auf der Geschäftsstelle eingesehen werden.

§ 5 Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten (Wahlkreiskonferenz)

- (1) Für die Wahlkreiskonferenzen finden die Bestimmungen dieser Satzung entsprechend Anwendung, soweit nicht die Wahlgesetze und das Parteigesetz entgegenstehen.
- (2) Die Bewerbung um ein Doppel- oder Mehrfachmandat ist offenzulegen.

§ 6 Unterbezirksausschuss

- (1) Der Unterbezirksausschuss wirkt zwischen den Parteitag an der politischen Willensbildung im Unterbezirk mit.
- (2) Der Unterbezirksausschuss setzt sich zusammen aus:
 - je 1 Vertreter oder Vertreterin der Ortsvereine,
 - je 1 weiterer Vertreter oder Vertreterin der Ortsvereine mit mehr als 150 Mitgliedern, unter Berücksichtigung beider Geschlechter.Mitglieder des UB-Vorstandes können dem UB-Ausschuss nicht als ordentliche Mitglieder angehören.
Beratend nehmen an den Sitzungen teil:
 - der UB-Vorstand
 - die OV-Vorsitzenden
 - die im UB wohnenden und gewählten Bundes-, Landtags- und Europaabgeordneten,
 - der oder die Vorsitzende der Kreistagsfraktion
 - je 1 Vertreter oder Vertreterin der UB-Arbeitsgemeinschaften,
 - der UB-Geschäftsführer bzw. Geschäftsführerin.

- Der Unterbezirksausschuss kann im Einzelfalle weitere Personen zur Beratung hinzuziehen.
- (3) Der Unterbezirksausschuss wählt für die Dauer von 2 Jahren einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin, sowie einen Schriftführer oder eine Schriftführerin.
 - (4) Die Vertreterinnen und Vertreter der Ortsvereine und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind von diesen in geheimer Wahl zu wählen.
 - (5) Der Unterbezirksausschuss ist anzuhören vor Beschlüssen des Unterbezirksvorstandes über grundsätzliche politische, organisatorische und wirtschaftliche Fragen (einschließlich des Haushaltes des UB) sowie bei der Vorbereitung von Wahlen zu Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften.
 - (6) Der Unterbezirksausschuss wird durch den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende und im Verhinderungsfall durch dessen bzw. ihren Stellvertreter bzw. -vertreterin eingeladen. Die Tagesordnung wird durch den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende im Benehmen mit dem UB-Vorstand erstellt. Der UB-Ausschuss tritt in der Regel vierteljährlich zusammen. Auf Antrag des UB-Vorstandes, dreier Ortsvereine oder eines Drittels seiner stimmberechtigten Mitglieder muss eine außerordentliche Sitzung einberufen werden. Der Antrag ist zu begründen. Der UB-Ausschuss tagt in der Regel parteiöffentlich.
 - (7) Der UB-Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7 Unterbezirksvorstand

- (1) Der Unterbezirksvorstand setzt sich zusammen aus:
 - dem oder der Vorsitzenden,
 - einem Stellvertreter und einer Stellvertreterin
 - dem Schatzmeister oder der Schatzmeisterin
 - dem Schriftführer oder der Schriftführerin
 - dem Bildungsobmann oder der Bildungsobfrau
 - dem oder der Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit und
 - 2 weiteren Vorstandsmitgliedern.
 Die Wahl des Unterbezirksvorstandes erfolgt durch den UB-Parteitag mittels Stimmzetteln in getrennten Wahlgängen.
 Hintereinander werden gewählt:
 - der oder die Vorsitzende
 - die stellvertretenden Vorsitzenden in besonderen Wahlgängen
 - der Schatzmeister oder die Schatzmeisterin
 - der Schriftführer oder die Schriftführerin
 - der Bildungsobmann oder die Bildungsobfrau
 - der oder die Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit
 - die 2 weiteren Vorstandsmitglieder.
 Beratende Teilnehmer sind:
 - die Unterbezirksvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften
 - der oder die Vorsitzende der Kreistagsfraktion
 - der oder die Vorsitzende des Unterbezirksausschusses

- die im Unterbezirk gewählten Bundes-, Landtags- und Europaabgeordneten.
- die Revisorinnen und Revisoren
- der UB-Geschäftsführer bzw. die UB-Geschäftsführerin.

Der Unterbezirksvorstand kann weitere Personen zur Beratung heranziehen. Vorstandsmitglieder und beratende Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden schriftlich eingeladen.

Vorstandssitzungen sind in der Regel parteiöffentlich. In begründeten Fällen kann der Vorstand die Parteiöffentlichkeit - einschließlich der beratenden Teilnehmer und Teilnehmerinnen - ausschließen.

- (2) Der jeweilige Vorstand wird auf 2 Jahre gewählt. Er bleibt bis zur Neuwahl im Amt.
Scheiden Mitglieder des Vorstandes aus, so finden auf dem nächsten Parteitag Nachwahlen statt.
- (3) Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk und trägt die Verantwortung für die politischen und organisatorischen Aufgaben. Er sorgt für die politische und organisatorische Zusammenarbeit aller Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften, sowie der Kreistagsfraktion und der Städte und Gemeinden des Unterbezirks.
Er führt die Beschlüsse des UB-Parteitages aus.
- (4) Der UB-Vorstand kann zu allen Veranstaltungen der Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften Vertreterinnen und Vertreter entsenden, die beratend teilnehmen.

§ 8 Revisoren

Zur Prüfung der Kassengeschäfte, die mindestens jährlich vor Feststellung des Jahresabschlusses stattzufinden hat, werden 3 Revisorinnen und Revisoren gewählt. Mindestens eine oder einer, in der Regel der oder die Amtsälteste, kann nicht wiedergewählt werden.

§ 9 Schiedskommission

Für den Unterbezirk wird eine Schiedskommission gebildet, deren Gründung, Zusammensetzung, Zuständigkeit und Verfahren sich aus dem Organisationsstatut und der Schiedsordnung ergeben.

§ 10 Ortsvereine

- (1) Organe der Ortsvereine sind:
die Ortsvereinsmitgliederversammlung,
der Ortsvereinsvorstand.
- (2) Die Ortsvereine können ihre Angelegenheiten nach eigenen Satzungen regeln.
- (3) Die Ortsvereine ohne eigene Satzung arbeiten im Rahmen der Satzungen des Unterbezirk, des Bezirk und des Organisationsstatutes.

- (4) Die Ortsvereinsmitgliederversammlung entscheidet über die im Bereich der Ortsvereine durchzuführenden politischen und organisatorischen Aufgaben und stellt die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalvertretung auf. Die Mitgliederversammlung soll regelmäßig und mindestens halbjährlich stattfinden. Bestehen in einer Gemeinde mehrere Ortsvereine, so werden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindevertretung durch Delegierte der zur Gemeinde gehörenden Ortsvereine aufgestellt
- (5) Der Ortsvereinsvorstand wird von der Ortsvereinsmitgliederversammlung gewählt. Er besteht aus:
- dem oder der Vorsitzenden und
 - einem/einer oder mehreren stellvertretenden Vorsitzenden,
 - dem Kassierer oder der KassiererIn,
 - dem Schriftführer oder der Schriftführerin
 - und weiteren Vorstandsmitgliedern, deren Zahl durch die Ortsvereinsmitgliederversammlung oder durch die Ortsvereinssatzung festzulegen ist.
- Je 1 Vertreter oder Vertreterin der Arbeitsgemeinschaften und der oder die Fraktionsvorsitzende kann als beratendes Mitglied an Vorstandssitzungen teilnehmen.
- (6) Der Ortsvereinsvorstand leitet den Ortsverein. Er trägt die Verantwortung für die politischen und organisatorischen Aufgaben und sichert die Zusammenarbeit zwischen der Parteiorganisation, der Kommunalfraktion und den örtlichen Arbeitsgemeinschaften.

§ 11 Arbeitsgemeinschaften

- (1) Arbeitsgemeinschaften im Bereich der Ortsvereine können sich zu Unterbezirksarbeitsgemeinschaften zusammenschließen.
- (2) Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften richtet sich nach § 10 des Organisationsstatuts und den vom Parteivorstand beschlossenen Grundsätzen in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Auch auf UB-Ebene können Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

§ 12 Wahlperioden

- (1) Die Wahlen der OV-Vorstände und der Delegierten zum UB-Ausschuss finden jeweils im I. Quartal der geraden Kalenderjahre statt. Die Wahlen zum UB-Vorstand erfolgen bis zum Ende des II. Quartals.
- (2) Die Delegierten zum UB-Parteitag werden in den Ortsvereinen jeweils im I. Quartal der ungeraden Kalenderjahre gewählt.

§ 13 Öffnung für Gastmitglieder

- (1) Wer die Grundwerte der SPD anerkennt, kann ohne Mitglied der SPD zu werden, den Status eines Gastmitgliedes erhalten.
- (2) Die Aufnahme sowie die Rechte und Pflichten des Gastmitgliedes richten sich nach § 10a des Organisationsstatuts und der vom Parteivorstand hierzu

erlassenen Richtlinie.

§ 14 Mitgliederentscheid

- (1)** Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines Organs fassen. Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche Entscheidung gegenüber dem Organ getroffen, an das der Mitgliederentscheid gerichtet ist.
- (2)** Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, mindestens aber 1/5 der stimmberechtigten Parteimitglieder zugestimmt haben. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Mitgliederentscheid kann der UB-Parteitag mit 2/3-Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die einfache Mehrheit.
- (3)** Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines Mitgliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss einen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein. Es kommt zustande, wenn es von mindestens 10 % der Mitglieder unterstützt wird.
- (4)** Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es
 - a) der UB-Parteitag mit einfacher Mehrheit oder
 - b) der UB-Vorstand mit Dreiviertelmehrheit oder
 - c) der UB-Ausschuss mit Dreiviertelmehrheit beschließt oder wenn es
 - d) mindestens zwei Fünftel der Ortsvereine beantragen.Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen sein.
In den Fällen der Buchstaben a) - c) kann ein entsprechender Beschluss nur gefasst werden, wenn er mit der Einladung angekündigt wurde.
- (5)** In den Fällen des Mitgliederbegehrens und im Falle der Buchstaben c) und d) des Absatz (4) kann der UB-Vorstand einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung stellen.
- (6)** Gegenstand eines Entscheides können nur solche Beschlüsse sein, die nicht durch Parteiengesetz oder andere Rechtsvorschriften ausschließlich einem Organ vorbehalten sind. Es gelten die Einschränkungen des § 39a (2) Organisationsstatut.
- (7)** Die Abstimmung muss innerhalb von drei Monaten nach Beschluss bzw. erfolgreichem Mitgliederbegehren durchgeführt werden. Der UB-Vorstand setzt Tag (nur Sonn- oder Feiertage) und Zeit der Abstimmung fest.
- (8)** Termin und Abstimmungsgegenstand sind spätestens zwei Wochen vor dem Abstimmungstag durch Rundschreiben an alle Mitglieder zu veröffentlichen.
- (9)** Die Abstimmung wird in unmittelbarer und geheimer Form vorgenommen.
- (10)** Für die Durchführung der Abstimmung sind die Ortsvereine verantwortlich. Insbesondere müssen sie

- jeweils mindestens ein Wahllokal einrichten und dieses sowie die Abstimmungszeit und den -gegenstand den Mitgliedern schriftlich mitteilen
 - für die geheime Abstimmung Vorkehrungen treffen
 - über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen entscheiden,
 - den Abstimmungsvorgang protokollieren
 - das Ergebnis mitsamt den das Ergebnis unverzüglich telefonisch an die UB-Geschäftsstelle melden und
 - das Ergebnis mitsamt den Stimmzetteln und Abstimmungsprotokollen innerhalb von drei Tagen an den Unterbezirk weiterleiten.
- Die Kosten für die Erstellung und den Versand der Unterlagen trägt der Unterbezirk.

- (11) Der Unterbezirk teilt den Ortsvereinen das zusammengefasste Ergebnis mit. Stimmzettel und Abstimmungsprotokolle werden für die Dauer eines Jahres aufbewahrt.

§ 15 Urwahl

- (1) Die Bestimmung der Kandidatinnen und/oder Kandidaten für die Bundestags- und die Landtagswahlen sowie des Landratskandidaten bzw. der Landratskandidatin kann durch eine verbindliche Urwahl erfolgen.
- (2) Eine Urwahl findet statt,
- a) wenn es der UB-Parteitag mit einfacher Mehrheit oder
 - b) der UB-Vorstand mit Dreiviertelmehrheit oder
 - c) der UB-Ausschuss mit Dreiviertelmehrheit beschließt oder wenn es
 - d) mindestens zwei Fünftel der Ortsvereine beantragen.
 - e) auf Begehren von 10 Prozent der Mitglieder.
- (3) Die Urwahl findet in Form einer Versammlung aller Mitglieder im Unterbezirk statt. Sie ersetzt die Wahl durch eine Wahlkreisdelegiertenkonferenz. Für ihre Durchführung finden die Bestimmungen der jeweiligen Wahlgesetze und -ordnungen Anwendung. Die Fristen des § 4 dieser Satzung gelten analog.

§ 16 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen der UB-Satzung können mit Zweidrittelmehrheit des UB-Parteitages beschlossen werden.
- (2) Diese Satzung tritt mit dem 01.01.1976 in Kraft.
 Änderungen beschlossen am 26.11.1977.
 Änderungen beschlossen am 20.03.1982.
 Änderungen beschlossen am 24.03.1990.
 Änderungen beschlossen am 20.04.1996.
 Änderungen beschlossen am 25.03.2006.
 Änderungen beschlossen am 26.04.2008.

1 **Antrag-Nummer: S1**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Starke Basis I**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die UB-Satzung wird wie folgt geändert:

12

13 **Änderung § 4 (5):**

14 **Alt:** Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung ist mindestens 3 Wo-
15 chen, die Beratungsunterlagen sind mindestens 10 Tage vor dem Parteitag
16 abzusenden.

17

18 **Neu:** Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung ist mindestens 3 Wo-
19 chen vor dem Parteitag allen Mitgliedern im UB in elektronischer oder schrift-
20 licher Form zuzusenden. Die Beratungsunterlagen sind mindestens 10 Tage
21 vor dem Parteitag an die Delegierten und beratenden Teilnehmerinnen abzu-
22 senden.

23

24

25

26 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

27

1 **Antrag-Nummer: S2**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Starke Basis II**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die UB-Satzung wird wie folgt geändert:

12

13 **Ergänzung §7 (1):**

14

15 Beratende Teilnehmer sind (neben den bisher aufgeführten):

16 Die Vorsitzenden bzw. Leiter der Arbeitskreise und Projektgruppen auf
17 UB-Ebene.

18

19

20

21 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

22

23

1 **Antrag-Nummer: S3**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Starke Basis III**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die UB-Satzung wird wie folgt geändert:

12

13 **Hinzufügung §7 (5):**

14

15 **Neu:** Der Vorstand besucht im Rahmen von Vorstandssitzungen mindestens
16 zweimal im Jahr gesellschaftlich relevante Organisationen oder Einrichtungen
17 sowie Bürgerinitiativen im Kreis Kleve.

18

19

20 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

21

22

Ordentlicher UB-Parteitag der Kreis Klever SPD
15. Juli 2011, Uedem, Bürgerhaus

1 **Antrag-Nummer: S4**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Starke Basis IV**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die UB-Satzung wird wie folgt geändert:

12

13 **Hinzufügung §7 (6):**

14

15 **Neu:** Der UB-Vorstand lädt vor Beschlüssen des Unterbezirksvorstandes über grundsätz-
16 liche politische, organisatorische und wirtschaftliche Fragen (einschließlich des Haushaltes
17 des UB) sowie bei der Vorbereitung von Wahlen zu Parlamenten und kommunalen Vertre-
18 tungskörperschaften die OV-Vorsitzenden beratend zu den Vorstandssitzungen hinzu oder
19 wenn drei der Ortsvereine im UB dies fordern.

20

21

22 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

23

24

1 **Antrag-Nummer: S5**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Starke Basis V**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die UB-Satzung wird wie folgt geändert:

12

13 **Hinzufügung §14 Neu (andere § verschieben sich nachfolgend)**

14

15 (1) Die Mitglieder der Kreis Klever SPD können zu politischen Themen be-
16 fragt werden.

17

18 (2) Der Unterbezirk regelt die Grundsätze für Mitgliederbefragungen im UB-
19 Kleve im Rahmen einer Verfahrensrichtlinie, die vom UB-Vorstand erarbeitet
20 und mit einfacher Mehrheit beschlossen wird.

21

22 (3) Der UB-Ausschuss ist im Sinne von § 6 (5) der UB-Satzung zu beteiligen.

23

24

25 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

26

1 **Antrag-Nummer: S6**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Starke Basis VI**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Der UB-Vorstand erhält folgende Arbeitsaufträge:

12

13 **1) Parteitage mit Werkstattcharakter**

14 Der UB-Vorstand erarbeitet ein Konzept, damit zukünftig vor halbtägigen UB-
15 Parteitagen eine Arbeitskonferenz mit Werkstattcharakter einberufen wird, auf
16 der allen Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden soll, in Foren inhaltlich an
17 unterschiedlichen Themen zu arbeiten.

18

19 **2) Themenveranstaltungen**

20 Der UB-Vorstand wird beauftragt, jedes Jahr bis zu vier Themenveranstaltungen
21 zu bundes- und landespolitischen Themen durchzuführen. Dabei stimmt
22 er sich mit den Abgeordneten, Ortsvereinen und Fraktionen ab.

23

24 **3) Gründung eines Arbeitskreises Migration**

25 Der UB-Vorstand wird beauftragt, zur Gründungsversammlung eines Arbeits-
26 kreises Integration und Migration auf UB-Ebene einzuladen, um die Partei für
27 Migrantinnen und Migranten zu öffnen und die Arbeit der Integrationsräte
28 Kleve und Emmerich zu vernetzen.

29

1 **4) Lokaler Referentenpool**

2 Der UB-Vorstand wird beauftragt, einen lokalen Referentenpool zu bilden, mit
3 Expertinnen und Experten aus der Mitgliedschaft der Kreis Klever SPD und
4 der Region, die von den Ortsvereinen in Mitgliederversammlungen und zu
5 Veranstaltungen eingeladen werden können.

6

7 **5) Kreiskonferenz**

8 Der UB-Vorstand lädt mindestens einmal im Jahr die Ortsvereinsvorsitzen-
9 den, die Mitglieder des UB-Ausschusses, die Fraktionsvorsitzenden und die
10 Kreistagsfraktion zu einer Kreiskonferenz ein, um den Austausch und die Zu-
11 sammenarbeit im Unterbezirk zu fördern.

12

13

14

15 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

16

17

18

1 **Antrag-Nummer: W1**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressat: SPD-Fraktionen im Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Bildungspolitik**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 **Überschrift des Antrags:**

12 **Beste Bildung für Alle im Kreis Kleve**

13

14 Um die Zukunftschancen aller Kinder und Jugendlichen, wie auch die
15 der bildungs- und sozial benachteiligten Erwachsenen, wieder in den
16 Mittelpunkt zu stellen, braucht der Kreis Kleve eine neue, eine
17 gerechtere Bildungspolitik.

18

19 Es zeigt sich gerade im Kreis Kleve, dass das dreigliedrige Schulsystem
20 den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht wird.

21

22 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreis Kleve stellen
23 fest, dass die Grundbedingungen für Schulen im ländlichen Raum des
24 Kreises großen Veränderungen unterworfen sind. Diese führen zur
25 Verschlechterung der Bildungschancen für die Kinder und Jugendlichen
26 im Kreis Kleve.

27

28 Waren die Schülerzahlen von den 60er Jahren bis weit in die 90er Jahre
29 in unseren Städten und Ortschaften von Wachstum geprägt, müssen wir

1 heute feststellen, dass die Schülerzahlen zurückgehen. Davon werden
2 auf Dauer alle Schulformen betroffen sein. Die demografische
3 Entwicklung lässt für die nächsten Jahre keine anderen Schlüsse zu.

4

5 Im Kreis Kleve hat sich über Jahrzehnte eine feste Schulstruktur
6 herausgebildet. In allen Gemeinden und Städten sind Grundschulen
7 vorhanden. Vereinzelt sind diese schon heute nur noch im Verbund zu
8 führen. In kleineren Ortschaften droht den Grundschulen dauerhaft die
9 Einzügigkeit oder sogar die Schließung.

10

11 Das von uns schon 2008 prognostizierte Sterben der Hauptschulen geht
12 schneller voran als von uns erwartet. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern,
13 wird es dauerhaft in mehreren Gemeinden im Kreis Kleve künftig vor Ort
14 kein weiterführendes Schulangebot mehr geben. Verbundlösungen
15 allein können das Problem nicht lösen.

16

17 Daneben haben sich gesetzliche Rahmenbedingungen für die
18 Bildungslandschaft geändert.

19

20 Eine gemeinsame Schulentwicklung der Städte und Gemeinden findet
21 bisher leider nur dann statt, wenn Notsituationen dazu zwingen. Zur
22 Sicherung eines leistungsfähigen Schulangebotes vor Ort, werden
23 Schulträger in Zukunft deutlich mehr zusammenarbeiten müssen. Jeder
24 Versuch, einen Schulstandort im Sinne des bisherigen Schulsystems zu
25 stärken, wird demgegenüber eine Schwächung an einem anderen Ort
26 nach sich ziehen.

27

28 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreis Kleve wollen
29 aus Verantwortung für den Kreis Kleve gemeinsam ein Konzept unter
30 der Überschrift „Beste Bildung für Alle im Kreis Kleve“ entwickeln.

1

2 Grundlage dafür sind die bildungspolitischen Beschlüsse der Kreis
3 Klever SPD vom UB-Parteitag 2008. Dort hatten wir in zehn Punkten
4 den Grundstein für die weitere Debatte beschrieben und einstimmig
5 verabschiedet.

6

7 Leider hat die Politik, jenseits der Sozialdemokratie, im Kreis sich diese
8 Beschlüsse in weiten Teilen nicht zu Eigen gemacht. Dadurch wurde
9 unnötig Zeit verspielt.

10

11 Es ist ein Skandal, dass der Landrat des Kreises Kleve angeblich am
12 Widerstand der Bürgermeister scheitert und den einstimmigen
13 Kreistagsbeschluss zur "Regionalen Bildungslandschaft Kreis Kleve"
14 aus dem Jahr 2008 bis heute nicht umsetzen kann.

15

16 Das Kirchturmdenken einiger in der CDU verhindert Lösungen im
17 Interesse Aller. Die Kreis Klever SPD fordert die Verantwortlichen in der
18 CDU auf, jetzt endlich die Schuldebatte im Kreis Kleve vom
19 ideologischen Ballast zu befreien und gemeinsam am Ziel „Beste
20 Bildung für Alle im Kreis Kleve“ zu arbeiten.

21

22 Die bisherigen Bemühungen der Schulausschüsse der Räte
23 kommunenübergreifend Gemeinschaftsschulen einzurichten und nach
24 Lösungen zu suchen, begrüßen wir ausdrücklich.

25

26 Wir unterstützen die NRW-Landesregierung und die sie tragenden
27 Fraktionen bei dem Vorhaben einen Schulkonsens für Nordrhein-
28 Westfalen zu schaffen.

29

1 Wir fordern die CDU im Kreis Kleve auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten
2 darauf hinzuwirken, dass die NRWCDU sich einer konsensualen
3 landesweiten Lösung nicht verschließt.

4

5 Wir wollen Gemeinschaftsschulen im Kreis Kleve einrichten und
6 unterstützen die Fraktionen vor Ort bei Ihren Bemühungen. Dabei
7 kommt es darauf an, dass Gemeinschaftsschulen in
8 Schulschwerpunktorten des Kreises Kleve auch eine Sekundarstufe II
9 anbieten, so dass im allgemeinbildenden Schulsystem das Abitur nach
10 neun Jahren erworben werden kann. Nur auf diese Weise kann dem
11 Elternwillen auf Errichtung weiterer Gesamtschulen adäquat
12 entsprochen werden.

13

14 Die Kreistagsfraktion wird aufgefordert, eine „Bildungspolitische
15 Plattform“ zu initiieren, die den Austausch der sozialdemokratischen
16 Bildungspolitiker vor Ort auf Kreisebene ermöglicht und koordiniert,
17 sowie Experten einbezieht.

18

19 Es ist an der Zeit, dass wir im Dialog Veränderungen schaffen.
20 Ideologische und parteipolitische Grenzen schaden bloß den
21 Betroffenen. Wir wissen, dass nur ein von den Menschen vor Ort
22 akzeptiertes Konzept auch ein erfolgreiches Konzept darstellt.

23

24 Wir sind nicht weiter bereit hinzunehmen, dass der Kreis Kleve in der
25 Bildung in NRW weiter hinten ansteht.

26

27 Die Kreis Klever SPD will „Beste Bildung für Alle im Kreis Kleve“ und
28 fordert daher:

29

- 1 - Ein gemeinsames Bildungskonzept „Beste Bildung für Alle im
2 Kreis Kleve“ für den Kreis Kleve. Im Zuge dieses Konzeptes wird
3 der einstimmige Kreistagsbeschluss zur „Regionalen Bildungs-
4 landschaft“ umgesetzt.
- 5
- 6 - Die Einberufung einer kreisweiten Bildungskonferenz unter der
7 Überschrift „Beste Bildung für alle im Kreis Kleve“ unter
8 Einbeziehung von Gewerkschaften, Fachverbänden Eltern-
9 vertretern, SchulleiterInnen und engagierten Schulpädagogen,
10 Kommunen, den Kreistagsfraktionen und Vorsitzenden der
11 Schulausschüsse der Kreiskommunen. Diese Bildungskonferenz
12 soll den Prozess begleiten und eine breite Basis für einen
13 gesellschaftlichen Konsens schaffen.
- 14
- 15 - Die Bemühungen der kommunalen Fraktionen und Ausschüsse
16 zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im Kreis Kleve werden
17 unterstützt.
- 18
- 19 - Die SPD-Kreistagsfraktion initiiert eine „Bildungspolitische
20 Plattform“, die den Austausch der sozialdemokratischen
21 Bildungspolitiker vor Ort auf Kreisebene ermöglicht und
22 koordiniert, sowie Experten einbezieht.
- 23
- 24

25 **angenommen:**

abgelehnt:

überwiesen an:

26

27

1 **Antrag-Nummer: W2**

2

3 **Antragsteller: UB-Vorstand**

4

5 **Adressaten: SPD-Fraktionen in den Stadt- und**
6 **Gemeinderäten des Kreises Kleve, SPD-**
7 **Kreistagsfraktion Kleve**

8

9 **Betreff: Agrobusiness**

10

11 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

12

13 **Überschrift des Antrags:**

14 **Entwicklung von Landwirtschaft und**
15 **Gartenbau - „Agrobusiness“**

16

17 Auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion und in Ab-
18 stimmung mit den SPD-Fraktionen in den Stadt- und
19 Gemeinderäten beschließt der SPD-
20 Unterbezirksparteitag die nachfolgenden Leitlinien als
21 Handlungsrahmen für kommunale Verantwortliche im
22 Kreis Kleve und zur Weiterentwicklung landesplaneri-
23 scher Grundsätze.

24

25 Vorwort

26

27 Die SPD im Kreis Kleve begrüßt den Zusammen-
28 schluss vieler Beteiligter im Agrarbereich mit all sei-
29 nen Verzweigungen und die Zielrichtung, diese Leit-

1 branche im Kreis Kleve voranzubringen. Die Sozial-
2 demokraten sehen große Chancen für Landwirt-
3 schaft, Gartenbau und Umwelt in Initiativen wie Ver-
4 netzung von Erzeugern, um den Einsatz von Energie
5 oder die Flächennutzung zu optimieren.

6 Für Ziele wie die Betriebe im Kreis Kleve konkurrenz-
7 fähig zu halten, Arbeitsplätze in den Folgebereichen
8 der Veredelung und der Vermarktung zu sichern und
9 Ausbildung und Forschung im Agrarbereich zu inten-
10 sivieren und zu koordinieren wird die Initiative Agro-
11 business mit öffentlichen Mitteln gefördert.

12 Ein wichtiger Baustein ist aber auch das Überschrei-
13 ten von Kommunal- und Landesgrenzen. Diesseits
14 und jenseits der Grenzen erstreckt sich ein zusam-
15 menhängender Landwirtschafts- und Gartenbaube-
16 reich mit gemeinsamen Interessen. Aus grenzüber-
17 schreitender Zusammenarbeit ergeben sich wesentli-
18 che Chancen für die Branche in den Bereichen Aus-
19 bildung und Arbeit, aber auch für lebenswichtige Fra-
20 gen der Umwelt.

21 Artgerechte Haltung statt Massentierhaltung ist eine
22 wichtige Zielsetzung.

23 Wir Sozialdemokraten erwarten Lösungen für alle Er-
24 zeuger und Marktteilnehmer. Wir wenden uns gegen
25 den Ausbau marktbeherrschender Stellung einiger
26 Großer zu Monopolstellungen. Letztlich erwarten wir
27 Lösungen wie Diversifizierung statt Konzentration auf
28 Monostrukturen.

29 Sozialdemokraten setzen sich aber auch dafür ein,
30 die gewachsene Kulturlandschaft und schützenswerte

1 Natur im Kreis für die kommenden Generationen zu
2 erhalten. Fauna und Flora, Gewässer und Boden stel-
3 len Schätze dar, die nicht kurzfristigen Interessen ge-
4 opfert werden dürfen.

5 Nach einer Fachtagung im Jahre 2010, die von der
6 SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit der Sozialde-
7 mokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik im
8 Kreis Kleve durchgeführt wurde und an der Vertreter
9 von Landwirtschaft und Gartenbau, aber auch der
10 Naturschutzverbände teilgenommen haben, ziehen
11 die Sozialdemokraten mit den nachfolgenden Leitli-
12 nien notwendige Schlüsse für das Handeln der Ver-
13 antwortlichen in Politik, Verbänden und Unterneh-
14 men.

15 *(Die Leitlinien wurden entwickelt in einer Arbeitsgrup-*
16 *pe, der angehörten: Sigrid Eicker, Gerd Engler, Ro-*
17 *land Katzy, Norbert Killewald, Thorsten Rupp, Otto*
18 *Weber.)*

19

20 Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau -

21 „Agrobusiness“

22

23 Leitlinien der SPD des Kreises Kleve zur Weiterent-
24 wicklung der Leitbranche im Kreis Kleve:

25

26 Landwirtschaft und Gartenbau sind Leitbranchen für
27 die Wirtschaft im Kreis Kleve und der Niederrhein-
28 Region. Die Entwicklung dieser Branchen einschließ-
29 lich ihrer vor- und nachgelagerten Bereiche wie Lo-
30 gistik, Handel, Vermarktung, Bildung und Forschung

1 ist für den Kreis Kleve von herausragender Bedeu-
2 tung.

3

4 Für die Sozialdemokraten im Kreis Kleve bedarf diese
5 Entwicklung einer ganzheitlichen Betrachtung, bei der
6 im Rahmen einer regionalen Planung Ökonomie und
7 Ökologie eine gleich große Bedeutung haben müs-
8 sen.

9

10 Basis für zukünftige Entwicklungen und notwendiges
11 Wachstum müssen auch in Zukunft die gewachsenen
12 Strukturen von Familien- und mittelständischen Be-
13 trieben sein. Zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit
14 sehen die Sozialdemokraten die Notwendigkeit der
15 stärkeren Vernetzung zur Optimierung von Betriebs-
16 stätten, Energieeinsatz und Vermarktungsstrukturen.
17 Das ist zugleich die Stärkung gegen agroindustrielle
18 Großentwicklungen wie Massentierhaltungen und
19 Monokulturen: Wir wollen Vernetzung statt Verdrän-
20 gung.

21

22 Die zu beschreitenden Zukunftswege auf den ge-
23 nannten Feldern müssen zugleich Beiträge zum
24 Schutz von Klima und Landschaft leisten. Aspekte
25 wie die Nutzung von regenerativen Energien, Verrin-
26 gerung des Energieverbrauchs, Beschränkung des
27 Flächenverbrauchs und optimierte Anlieferungswege
28 sind durch verstärkte Formen der Zusammenarbeit so
29 auszurichten, dass Freiräume geschaffen werden für
30 die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Natur und

1 den Erhalt und den Ausbau der Artenvielfalt im Kreis
2 Kleve. Dabei müssen nachhaltige Bausteine der Stra-
3 tegien von Bund und Land wie der „Pakt für die Flä-
4 che“ Eingang in Agrobusiness-Konzeptionen finden.

5

6 Bei der Zusammenfassung von Betrieben zu sog.
7 „Agroparks“ ist Augenmaß zu wahren. Hier sehen die
8 Sozialdemokraten im Kreis Kleve nicht hinnehmbare
9 Gefährdungen, denen auch die regionale Entwick-
10 lungsplanung begegnen muss, und zwar mit den As-
11 pekten

- 12 - Erhalt der niederrheinischen Kulturlandschaft,
13 auch zur Förderung des Tourismus
- 14 - Schutz der Umwelt, der Lebensräume von
15 Tieren und Pflanzen
- 16 - Erhalt und Weiterentwicklung der Familien- und
17 mittelständischen Betriebe.

18

19 Die beim Kreis Kleve und der Bezirksregierung Düs-
20 seldorf laufenden Verfahren zur Ausweisung von
21 Landschaftsschutzgebieten und zur Aufstellung und
22 Umsetzung von Landschaftsplänen müssen zum
23 Schutz von wertvollen Landschaftsbereichen und
24 Landschaftsbestandteilen zügig bearbeitet werden.
25 Ein gesicherter Handlungsrahmen ist auch für die
26 weitere Entwicklung von Landwirtschaft und Garten-
27 bau und die Investitionen in diesen Bereich wichtig.

28

29 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

30

1 **Antrag-Nummer: W3**

2

3 **Antragsteller: OV Geldern**

4

5 **Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion NRW**

6

7 **Betreff: Beschränkung der Intensivtierhaltung im Außenbereich**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Um der zunehmenden Inanspruchnahme von Flächen im Außenbe-
12 reich durch die Intensivtierhaltung Einhaltung zu gebieten / einzu-
13 schränken, soll als eine Möglichkeit der planungsrechtlichen Steue-
14 rung der § 35 des Baugesetzbuches (BauGB) textlich so gefasst
15 werden, dass klargestellt wird, dass die gewerbliche Intensivtierhal-
16 tung nicht zu den im Außenbereich privilegierten Vorhaben zählt.

17

18 Begründung:

19

20 Riesige Schweinemastställe, überfüllte Hähnchen- oder Putenmast-
21 betriebe: Die fast schon industrielle Massentierhaltung im ländlichen
22 Raum expandiert fast zügellos, fernab jeglicher bäuerlicher Agrar-
23 kultur. Rund 900 Anträge für weitere Industrie-Agro-Mastställe in
24 Deutschland stehen zur Genehmigung an. Wenn die Politik nicht
25 jetzt handelt, dann droht der ländliche Raum zum Agro-
26 Gewerbegebiet zu verkommen – mit vielen Nachteilen auch für
27 Landschaft und Umwelt, Tierschutz und die bäuerliche Landwirt-
28 schaft.

29

1 Auch im Kreis Kleve wird der ländliche Raum durch die starke
2 Zunahme von Vorhaben zur gewerblichen Tierhaltung im Außen-
3 bereich in seiner Entwicklung negativ geprägt. Was einst als
4 niederrheinische Kulturlandschaft von eigenem Wert galt, droht in
5 Zukunft in weiten Teilen zu einem Standort der
6 industriellen Fleischproduktion zu werden.

7
8 Ein Beispiel von vielen: Ein Landwirt betreibt in Weeze einen land-
9 wirtschaftlichen Betrieb mit ca. 50 ha ackerbaulich genutzter land-
10 wirtschaftlicher Fläche. Im Jahr 2007 wurde im Rahmen einer Neu-
11 strukturierung des Betriebes eine Anlage zum Halten und zur Auf-
12 zucht von Mastgeflügel mit 39.900 Masthähnchenplätzen errichtet.
13 Die Hähnchenmast erfolgt als Auftragsmast. Zur Sicherung weiterer
14 Mastaufträge und um den Anforderungen des Marktes gerecht zu
15 werden, ist nunmehr der Bau von zwei weiteren Hähnchen-
16 mastställen mit je 41.400 Tierplätzen und die Erweiterung des vor-
17 handenen Stalles auf ebenfalls 41.400 geplant. Die Anlage soll dann
18 mit insgesamt 124.200 Gesamttierplätzen betrieben werden.

19
20 Nicht nur die Politik, auch kommunale Verwaltungen sehen aufgrund
21 vermehrter Genehmigungsanfragen aus dem Bereich der Intensiv-
22 tierhaltung die Notwendigkeit, planerisch steuernd eingreifen zu
23 können.

24 Allerdings sind diese Steuerungsmöglichkeiten mit dem heutigen
25 Instrumentarium des Planungsrechts in der Praxis nur schwach
26 wirksam bzw. nur sehr schwierig umsetzbar.

27
28 Wie die Gelderner Stadtverwaltung in einer Verwaltungsvorlage für
29 den Bau- und Planungsausschuss im Februar 2011 darlegte, wer-
30 den Intensivtierhaltungsbetriebe im Regelfall im Außenbereich bean-

1 tragt. Sie sind durch das BauGB privilegiert als „landwirtschaftliche
2 Betriebe“ mit überwiegend eigener Futtergrundlage oder als „ge-
3 werbliche Betriebe“ ohne eigene (überwiegende) Futtergrundlage,
4 da sie entsprechend der derzeitigen Rechtsprechung aufgrund ihrer
5 Eigenarten in den Außenbereich gehören.

6
7 Während Betriebe mit überwiegend eigener Futtergrundlage ohne
8 Beschränkung der Anzahl der Mastplätze unter Beachtung anderer
9 (immissionsrelevanter) Regelwerke zu genehmigen sind, können für
10 „gewerbliche Betriebe“ sogenannte Konzentrationszonen (so wie es
11 durch die Steuerung von Windenergieanlagen bekannt ist) ausge-
12 wiesen werden, um diese planungsrechtlich zu steuern. Grundlage
13 hierfür wäre ein umfassendes gemeindeweites Gesamtkonzept,
14 welches Raum für die unterschiedlichen Intensivtierhaltungsanlagen
15 ausweist.

16 Innerhalb dieser Zonen wären solche Anlagen zulässig, während sie
17 außerhalb solcher Zonen unzulässig wären. Dabei ist jedoch noch
18 folgendes zu berücksichtigen: Die Ausschlusswirkung greift wie
19 oben erwähnt nicht für landwirtschaftliche Betriebe mit (überwie-
20 gend) eigener Futtergrundlage, wohl aber für solche, die durch Auf-
21 stockung der Tierplatzzahlen in die Kategorie ohne (überwiegend)
22 eigene Futtergrundlage fallen. Wie die Praxis andernorts zeigt, wür-
23 de allerdings durch die aktive Bereitstellung solcher Zonen auch ein
24 Ansiedlungsanreiz für auswärtige Investoren gesetzt. Auch zur Fra-
25 ge, ob überhaupt eine solche Konzentration der Intensivtierhal-
26 tungsanlagen hinsichtlich des ggf. erhöhten Tierseuchenrisikos
27 sinnvoll erscheint, wird in der Fachwelt derzeit kontrovers diskutiert.

28
29 Die Entwicklung der zunehmenden Inanspruchnahme von Flächen
30 im Außenbereich durch die Intensivtierhaltung steht im Widerspruch
31 zu den Zielen des BauGB wie zum Beispiel „die nachhaltige städte-

1 bauliche Entwicklung“ und eine dem „Wohl der Allgemeinheit die-
2 nende sozialgerechte Bodennutzung“. Gerade der Außenbereich
3 soll nach der Leitvorstellung, die dem § 35 BauGB zugrunde liegt,
4 von Bebauung möglichst freigehalten werden und damit sein ländli-
5 ches Gepräge und die wichtige Erholungsfunktion für die Menschen
6 behalten.

7

8 Mit dieser Zielsetzung steht die gegenwärtige Auslegung des § 35
9 BauGB nicht im Einklang. Sie ist eine der Ursachen für die be-
10 schriebenen Fehlentwicklungen, wie die Genehmigungspraxis zeigt,
11 weil sie die gewerbliche Intensivtierhaltung zu den Vorhaben rech-
12 net, die gerade im Außenbereich privilegiert zulässig sind.

13

14 Um diesen Fehlentwicklungen auch im Kreis Kleve entgegenzutre-
15 ten und damit auch den Erhalt unserer Kulturlandschaft zu fördern,
16 ist eine präzisierende planungsrechtliche Klarstellung im § 35
17 BauGB erforderlich, damit die gewerbliche Tierhaltung im ländlichen
18 Raum eingedämmt werden kann.

19

20

21 **angenommen:**

abgelehnt:

überwiesen an:

22

23

1 **Antrag-Nummer: W4**

2

3 **Antragsteller: OV Issum**

4

5 **Adressat: SPD-Landtagsfraktion**

6

7 **Betreff: Kindernotfallkarte**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
12 auch in NRW eine kostenlose Kindernotfallkarte nach dem Bruehler Mo-
13 dell eingeführt werden soll.

14

15 Begründung:

16 Kinder im Kindergarten- oder Grundschulalter sind nach einem Unfall oft
17 nicht in der Lage, ihren Namen, Adresse oder Telefonnummern der El-
18 tern zu nennen. Die ausgefüllte Karte sollte verdeckt in der Schultasche
19 befestigt werden. Im Notfall erinnern sich die Kinder oft an die Karte
20 oder es wird vom Rettungsdienst gezielt danach gefragt.

21

22

23 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

24

25

1 **Antrag-Nummer: W5**

2

3 **Antragsteller: OV Issum**

4

5 **Adressat: SPD-Landtagsfraktion**

6

7 **Betreff: Notfallkarte für allein lebende Menschen**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
12 auch in NRW eine kostenlose Notfallkarte für allein lebende Menschen
13 eingeführt werden soll

14

15 Begründung:

16 Bei der Notfallkarte handelt es sich um einen ausgefüllten Vordruck in
17 dem persönliche Daten sowie Angaben über Hausarzt, Krankenkasse,
18 Patientenverfügung sowie Vorerkrankungen, Krankenhausaufenthalte,
19 und Medikationen aufgeführt sind. Dieser Vordruck wird in einem ver-
20 schlossenen Umschlag deponiert und innen an die Wohnungstür ge-
21 hängt. Rettungsdienste bzw. Feuerwehrkräfte können diesen Umschlag
22 im Notfall zu einer Akutbehandlung öffnen bzw. im Krankenhaus abge-
23 ben. Diese Formulare sollten kostenlos im Bürgerbüro erhältlich sein. Da
24 es sich bei der Einführung einer solchen Notfallkarte um eine kostenspa-
25 rende und dennoch für allein lebende Menschen sinnvolle Einrichtung
26 handelt, ist u.a. eine flächendeckende Verbreitung für die Rettungs-
27 dienste eine zeitsparende und eventuell lebensrettende Maßnahme und
28 somit unbedingt empfohlen. Weil es sich hier um eine freiwillige Maß-
29 nahme handelt, ist ebenfalls Datenschutz gewährt.

1
2
3
4
5
6

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

1 **Antrag-Nummer: W6**

2

3 **Antragsteller: OV Wachtendonk**

4

5 **Adressat: SPD Unterbezirk Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Mandatsabgaben**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Die Mandatsabgaben stehen laut Finanzordnung der jeweiligen Gliede-
12 rungsebene zu. Nach bisheriger Vereinbarung – mehr als 30 Jahre alt –
13 zwischen den Ortsvereinen und dem UB Kleve geben die Ortsvereine
14 hiervon 1/3 an den UB weiter. Diese Vereinbarung wird zum Ende des
15 Jahres 2011 aufgehoben. Aufgaben der Ortsvereine, die vom Unterbe-
16 zirk durchgeführt werden, sind vom jeweiligen Ortsverein finanziell zu
17 entschädigen.

18

19 **Begründung:**

20 Zu der Zeit als diese Vereinbarung geschlossen wurde, blieben erheb-
21 lich größere Anteile der Mitgliedsbeiträge bei den Ortsvereinen. Zur Auf-
22 rechterhaltung der Arbeit der Ortsvereine ist es unerlässlich, dass die
23 Ortsvereine finanziell gut ausgestattet sind. Ein wesentlicher Teil der
24 Einnahmen sind die Mandatsabgaben, die, wie es auch die Finanzord-
25 nung der SPD vorsieht, vollständig beim jeweiligen Ortsverein bleiben
26 müssen. Es darf nicht sein, dass Wahlkämpfe und Aktionen der Orts-
27 vereine durch Spenden von wenigen Ortsvereinsmitgliedern und SPD-
28 Sympathisanten finanziert werden. Die Aufgabe eines SPD-

1 Bürgerbüros, das für die Außenwirkung wichtig ist, darf nicht das Resultat des damaligen Beschlusses sein.

3

4

5 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

6

7

1 **Antrag-Nummer: W7**

2

3 **Antragsteller: Jusos Kreis Kleve**

4

5 **Adressat: SPD-Kreistagsfraktion**

6

7 **Betreff: Nacht-Taxi**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Der Unterbezirksparteitag der SPD im Kreis Kleve
12 fordert die Kreistagsfraktion auf, folgenden Beschluss
13 in den Kreistag einzubringen:

14 Gegenstand des geforderten Nachttaxis als
15 Nachfolger des Nightmovers ist ein Gutschein-Modell,
16 an dem Taxi-Unternehmer in Kooperation mit der
17 Kreisverwaltung teilnehmen können. SchülerInnen,
18 StudentenInnen, Auszubildende und sozial Schwache
19 sollen die Möglichkeit erhalten, bei kommunalen
20 Verwaltungen und ÖPNV- Verkaufsstellen, unter
21 Vorlage einer Bescheinigung, Taxi-Gutscheine zu
22 erwerben, jeweils in Höhe von 3 bzw. 5 € zur Hälfte
23 des Preises. Es besteht dann die Möglichkeit diese
24 bei teilnehmenden Taxi-Unternehmen jede Nacht von
25 22 bis 6 Uhr einzulösen. Die Taxi-Unternehmung
26 kann dann die erhaltenen Gutscheine einmal im
27 Quartal bei der Kreisverwaltung in voller Höhe in
28 Rechnung stellen.

29

1 Die Begründung des Antrags erfolgt mündlich.

2

3

4 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

5

1 **Antrag-Nummer: W8**

2

3 **Antragsteller: Jusos Kreis Kleve**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Finanzielle Unterstützung der Jusos**
8 **durch den UB**

9

10 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

11

12 Der Vorstand der Jungsozialistinnen und
13 Jungsozialisten im Kreis Kleve beantragt eine
14 jährliche finanzielle Unterstützung durch den SPD
15 Unterbezirk Kreis Kleve in Höhe von 700 €.

16

17 **Begründung:**

18

19 Seit dem Jahre 2009 mehren sich die Aktivitäten im
20 gesamten Juso-UB. Zahlreiche neue
21 Arbeitsgemeinschaften gründeten sich im gesamten
22 Kreisgebiet und eine erhebliche Zahl an
23 Parteieintritten konnte generiert werden. Darüber
24 hinaus wurden den jungen Genossinnen und
25 Genossen zahlreiche Veranstaltungen dargeboten,
26 deren Spektrum von Kultur- bis zu rein politischen
27 Veranstaltungen reichte.

28 Die politische Nachwuchsförderung, die so in diesem
29 Bereich geleistet wurde, kann nicht von geringer

1 Bedeutung für den SPD-UB sein (siehe dazu auch
2 zentrale Bedeutung im Abschlussbericht „Starke
3 Basis“).

4 Bisher ist die Juso-AG die einzige
5 Arbeitsgemeinschaft im UB, die keine jährliche
6 Unterstützung durch die Kreispartei erhält. Diese
7 Tatsache leitet sich daraus ab, dass eine externe
8 Förderung der Juso-Aktivitäten durch den Kreis Kleve
9 geschieht, deren Höhe sich nach der Anzahl der
10 Kreistagsabgeordneten der SPD im Kreistag Kleve
11 richtet. Leider hatten die Sozialdemokraten bei der
12 Kommunalwahl 2009 einen Verlust an Mandaten im
13 Kreistag zu verzeichnen. Somit sanken auch die
14 Zuwendungen des Kreises an die Jusos.

15 Aufgrund der vorgestellten Hintergründe und der
16 Tatsache, dass die Parteijugend die Zukunft der
17 Kreispartei darstellt, bitten wir die Delegierten des
18 Parteitages um Annahme des Antrages.

19

20

21

22 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

23

24

1 **Antrag-Nummer: W9**

2

3 **Antragsteller: Jusos Kreis Kleve**

4

5 **Adressat: SPD UB Kreis Kleve**

6

7 **Betreff: Parteiordnungsverfahren gegen Dr. Thilo**
8 **Sarrazin**

9

10 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

11

12 Die SPD im Unterbezirk Kleve unterstützt die Berliner
13 Erklärung zur Beendigung des Parteiordnungs-
14 verfahrens gegen Dr. Thilo Sarrazin.

15

16 Berliner Erklärung:

17 „Viele Menschen in Berlin, in der gesamten
18 Bundesrepublik und auch im Ausland haben kein
19 Verständnis für das Ergebnis und den
20 Verfahrensablauf des Parteiordnungsverfahrens
21 gegen den Genossen Dr. Thilo Sarrazin. Nicht
22 nachvollziehbar erscheint vor allem der Zickzackkurs
23 der Partei. Wir entschuldigen uns bei den Menschen,
24 die sich durch diese Haltung verletzt oder enttäuscht
25 fühlen. Wir appellieren an die Genossinnen und
26 Genossen unserer Partei, die sich mit dem Gedanken
27 eines inneren Rückzuges oder gar Austritts tragen:
28 Jetzt gerade nicht! Wir brauchen Euch! Die Partei
29 braucht Euer politisches Rückgrat!

1 In gemeinsamer Verantwortung für unsere Partei, die
2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands, stellen wir
3 fest:

4 1. Wir sind und bleiben die Partei des sozialen
5 Aufstiegs. Wir geben nicht große Teile der
6 Bevölkerung verloren, sondern ringen um Konzepte
7 für gerechte Teilhabe. Elitärer Dünkel, Ausgrenzung
8 von Gruppen – mit oder ohne Migrationshintergrund
9 – menschenverachtendes Gerede oder gar
10 rassistischer Habitus haben in unserer Mitte keinen
11 Platz.

12 2. Wir verteidigen die Meinungsfreiheit aufrecht. Die
13 SPD ist jedoch eine politische Wertevereinigung, die
14 – wie bei jeder anderen Partei – durch ihr
15 Grundwertekorsett einen äußersten Meinungsrahmen
16 vorgibt. „Die gleiche Würde aller Menschen ist
17 Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik...und
18 unabhängig von...wirtschaftlicher Nützlichkeit.“
19 Dieser äußerste Wirkungsrahmen ist nicht
20 verhandelbar.

21 3. Die politische Verantwortung und der
22 Gestaltungsanspruch der SPD enden nicht an
23 irgendeinem Wahltag. Unsere Grundwerte sind nicht
24 beliebig und stehen nicht zur Disposition Einzelner.
25 Nachdem auf allen Parteebenen Gremienbeschlüsse
26 zum Parteiordnungsverfahren vorlagen, war es
27 politisch angezeigt, diese Gremien vor einer
28 Verfahrensbeendigung ohne Sachentscheidung zu
29 befassen.“

30

1 Begründung: s.o.

2

3

4 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

5

6

1 **Antrag-Nummer: W10**

2

3 **Antragsteller: AG 60plus Kreis Kleve**

4

5 **Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion**

6

7 **Betreff: Rente „jetzt“**

8

9 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

10

11 Eine Überprüfung der rentenpolitischen Maßnahmen seit 2001 und ihre Aus-
12 wirkungen kann nicht erfolgen, ohne eine schonungslose Darstellung der in
13 diesem Zeitraum vorgenommenen Eingriffe in die gesetzliche Rentenversi-
14 cherung bzw. zusätzlichen Belastungen der Rentnerinnen und Rentner.

15

16 Mit der stufenweise, über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgten Anhe-
17 bung des gesetzlichen Renteneintrittsalters (ab 1997: für Männer von 63 auf
18 65 Jahre, für Frauen von 60 auf 65 Jahre, Schwerbehinderte von 60 auf 65
19 Jahre) wurde gleichzeitig ein Rentenabschlag von 0,3% pro Monat bei vorzei-
20 tiger Rentenanspruchnahme eingeführt. Dass dieser Sonderabschlag über
21 die Altersrentengrenze von bisher 65 Jahren hinaus – also auf Lebenszeit –
22 vorgenommen wird, ist ein enormer nachteiliger Eingriff in das Rentenrecht
23 des Einzelnen. Inzwischen ist jeder 2. Neurentner von Rentenkürzungen in
24 Höhe von rund 100,00 Euro im Monat betroffen.

25

26 Ab 2000 hat die Politik mehrfach die Renten-Anpassungsformel zum Nachteil
27 der gesetzlichen Rente geändert.

28

29 Zuzüglich wurden drei Kürzungsfaktoren eingeführt:

1

2 - Nachhaltigkeitsfaktor (ab 2005): Dieser Abschlag bei der Rentenanpassung
3 um jährlich rund 0,5% gleicht das veränderte Verhältnis zwischen Beitrags-
4 zahlern und den Rentnerinnen und Rentnern aus.

5

6 - Riesterfaktor (ab 2003): Von der errechneten Rentenanpassung werden
7 jährlich weitere 0,64 Prozentpunkte abgezogen. Für die Jahre 2008 und 2009
8 wurde der Faktor ausgesetzt. Die Aussetzung soll in den Jahren 2012 und
9 2013 nachgeholt werden. Die Anwendung des Riesterfaktors in der gesetzli-
10 chen Rentenversicherung muss rückgängig gemacht werden (zahlreiche An-
11 träge an die SPD-Bundestagsfraktion haben dies bereits seit langem gefor-
12 dert). Bei den Riester-Verträgen handelt es sich um eine freiwillige, Kapital
13 gedeckte, private Altersvorsorge mit steuerlicher Förderung, die für Arbeit-
14 nehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gesetzlich vorgeschrieben ist und daher
15 zu keiner Kürzung der gesetzlichen Rente führen darf.

16

17 - Nachholfaktor: In den Jahren 2004, 2005 und 2006 hat es für die Rentnerin-
18 nen und Rentner Nullrunden gegeben. Rechnerisch hätten die Renten sogar
19 sinken müssen und dieses Minus von insgesamt 1,75 Prozentpunkten soll ab
20 2011 – verteilt über mehrere Jahre – bei einer evtl. Rentenanpassung abge-
21 zogen werden.

22

23 Die Rentnerinnen und Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung hatten
24 in den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2010 sogenannte „Nullrunden“ zu ver-
25 kraften, die dauerhafte Renteneinbußen bedeuten. Zusätzlich hat in diesen
26 Jahren die jeweils nicht berücksichtigte Steigerung der Lebenshaltungskosten
27 praktisch zu einer weiteren Rentenkürzung von insgesamt rund 8-10 % ge-
28 führt.

29

1 Wegen der geringfügigen Rentenanpassungen in den Jahren 2007 (+0,54%)
2 und 2008 (+1,1%), wurden die erhöhten Lebenshaltungskosten für diese Jah-
3 re ebenfalls nur teilweise abgedeckt.

4
5 Im Weiteren hatte die 3%-ige Mehrwertsteuererhöhung ab 01.01.2007 gravie-
6 rende Auswirkungen auf die Rentner-Einkommen, da es für sie keinen Aus-
7 gleich gab.

8
9 Ab 2004 müssen die Rentnerinnen und Rentner die volle Beitragslast zur
10 Pflegeversicherung tragen. Dies entspricht einer Verdoppelung ihres Beitra-
11 ges auf 1,7% und damit einer andauernden Rentenminderung von 0,85%.

12
13 Durch eine weitere Beitragsanhebung bei der Pflegeversicherung um 0,25%
14 ab 2008 wurden die Rentnerinnen und Rentner erneut zusätzlich belastet.

15
16 Die verschiedenen Änderungen der Gesundheitsreform ab 2004 haben große
17 negative Auswirkungen auf die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner
18 bewirkt:

19
20 -erhebliche Zuzahlungen auf Krankenkassenleistungen und Leistungsaus-
21 grenzungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen mit
22 der Maßgabe der Eigenfinanzierung

23
24 - ab 2005/2006 wird ein Sonderbeitrag von 0,9% als Eigenbeitrag zur gesetz-
25 lichen Krankenversicherung erhoben (für Zahnersatz und Krankengeld)

26
27 - durch den Gesundheitsfond ab 2009 ist der Krankenkassenbeitrag für die
28 meisten gesetzlichen Beitragszahler gestiegen.

29
30 - zusätzliche Anhebung des gesetzlichen Krankenkassenbeitrages 2011 in
31 Höhe von 0,3% und mögliche weitere Zusatzbeiträge.

1

2 - Ab 2005 wurde durch das Alterseinkünftegesetz der Besteuerungsanteil der
3 gesetzlichen Rente von zunächst 27% auf 50% und ansteigend bis 2040 auf
4 100% festgelegt.

5

6 Alle diese Nullrunden, Kürzungen und Einschnitte (die noch gar nicht vollzäh-
7 lig sind), die die Bezieher von Renten aus der gesetzlichen Rentenversiche-
8 rung seit rund zehn Jahren hinnehmen mussten, haben ein Maß erreicht, das
9 endlich gestoppt werden muss, Die „Plünderung“ der Rentenkasse muss
10 ebenfalls verhindert werden. Die gesetzlichen Renten, die Versicherte zu er-
11 warten haben, wenn sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sinken seit
12 dem Jahr 2000 in überdeutlicher Höhe. Die Altersarmut ist auch aus diesem
13 Grund vorprogrammiert.

14

15 Wir fordern daher den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion
16 auf, im Interesse der Rentnerinnen und Rentner dahin gehend tätig zu wer-
17 den, dass Anpassungen der gesetzlichen Rente ab 2011 nicht weiterhin mit
18 unverhältnismäßigen Maßnahmen belastet werden. Es handelt sich hierbei
19 im Besonderen um:

20

21 - Die Anwendung des Riesterfaktors in der gesetzlichen Rentenversi-
22 cherung muss sofort beendet werden. Bei künftigen Rentenanpassun-
23 gen darf keine Rentenkürzung wegen des Riesterfaktors mehr Platz
24 greifen.

25

26 - Der Nachholfaktor ab 2011 ist im Hinblick auf die massiven Eingriffe in
27 das gesetzliche Rentensystem und die außerordentliche Belastung der
28 Rentnerinnen und Rentner in den letzten Jahren bis auf weiteres aus-
29 zusetzen bzw. abzuschaffen.

30

1 - Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Zusammenhang mit
2 der Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze ab 2011 wurde auch vorge-
3 geben, dass bei künftigen jährlichen Anpassungen Preissteigerungen
4 zu 70% und Lohnentwicklungen zu 30% zu berücksichtigen sind. Ana-
5 log müsste daher die Steigerung der Lebenshaltungskosten auch bei
6 Rentenanpassungen entsprechende Beachtung finden.

7
8 - Zusätzlich ist sicherzustellen, dass die Kasse der gesetzlichen Ren-
9 tenversicherung nicht weiter ständig durch Maßnahmen im Zusammen-
10 hang mit Arbeitslosigkeit und sonstigen Fremdleistungen belastet wird.
11 Ein besonders gravierendes Beispiel ist die Kürzung des Rentenbeitra-
12 ges für Hartz-IV-Empfänger durch den Bund ab 2007 von 80,00 Euro
13 auf 40,00 Euro und ab 2011 von 40,00 Euro auf 0,00 Euro. Der Kasse
14 der gesetzlichen Rentenversicherung entsteht dadurch ein Milliarden-
15 Minus.

16
17 Weitere Milliarden-Einbußen in der Rentenkasse entstehen durch nicht
18 sozialabgabepflichtige Niedriglohnjobs und weitere Freistellungen von
19 Sozialabgaben für Fördermaßnahmen.

20
21 Alle gewährten und bestehenden Ausnahme-Regelungen für Sozialab-
22 gaben, die ein Minus in der Rentenkasse nach sich ziehen, sind im
23 Rahmen des Bundeszuschusses durch Steuermittel auszugleichen.

24
25 Die gesetzliche Rente ist keine Sozialhilfe des Staates. Bei der gesetzlichen
26 Rente handelt es sich um eine persönlich erworbene Altersversorgung, in die
27 die Rentnerin/der Rentner das gesamte Arbeitsleben lang Pflicht-
28 Versicherungsbeiträge in nicht unbeträchtlicher Höhe eingezahlt hat. Renten-
29 anwartschaften und Rentenansprüche genießen verfassungsrechtlichen Ei-
30 gentumsschutz. Die Rentnerinnen und Rentner müssen sich darauf verlassen
31 können, dass ihre gesetzliche Rente in einem angemessenen Verhältnis zu

1 ihren gezahlten Beiträgen steht. Dies ist bei weiteren Renten-Einschnitten
2 nicht mehr der Fall.

3

4 Der Stellenwert der gesetzlichen Rentenversicherung muss endlich wieder
5 gefestigt werden. Die Politik muss durch eine dringend notwendige Kurskor-
6 rektur die Ziele der Alterssicherung wieder über das bewährte System der
7 gesetzlichen Rentenversicherung verfolgen. Dies muss auch mit einschlie-
8 ßen, dass durch eine neue Verbreiterung in der gesetzlichen Rentenversiche-
9 rung, fehlende Rentenzeiten oder Rentenabschläge durch Zusatzbeiträge
10 ausgeglichen werden können. Bisherige staatliche Förderungen, wie sie z.B.
11 bei der privaten Riester-Altersvorsorge in die Banken und Versicherungswirt-
12 schaft fließen, könnten zugunsten dieser Zusatzbeiträge umgelenkt werden.

13

14 Da sich unsere Forderungen im wesentlichen auf die Rentenanpassung ab
15 01.07.2011 beziehen, bitten wir, diese Resolution vordringlich und unabhän-
16 gig vom Maßnahmenkatalog des Parteivorstandes vom August 2010 zur
17 „Rente mit 67“ zu behandeln.

18

19 Im Übrigen hält die AG 60plus im Kreis Kleve an den Inhalten aus dem An-
20 trag an die Bundeskonferenz der AG 60plus vom August 2009 fest.

21

22

23

24 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

25

26

1 **Antrag-Nummer: W11**

2

3 **Antragsteller: AsF Kreis Kleve**

4

5 **Adressat: SPD-Bundestagsfraktion,**
6 **SPD-Landtagsfraktion**

7

8 **Betreff: Reduzierung der sog. Minijobs**

9

10 **Der UB-Parteitag möge beschließen:**

11

12 Die Landtagsfraktion und Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefor-
13 dert, eine Bundesratsinitiative bzw. einen Gesetzesentwurf einzubringen,
14 wonach der Anteil der ArbeitnehmerInnen in sog. Minijobs bei Unter-
15 nehmensgröße ab 10 Mitarbeitern/Innen auf max. 10 % begrenzt wird
16 (stundenbezogen).

17

18 Gründe:

19 7,3 Millionen Menschen waren Ende September 2010 in Deutschland als
20 MinijobberInnen beschäftigt. Das sind nach Angaben der Bundesagentur
21 für Arbeit 1,6 Millionen mehr sog. 400-Euro-Stellen als 2003. Im April
22 2003 hatte die damalige Regierungskoalition unter SPD-Kanzler Gerhard
23 Schröder die Bestimmungen im Bereich der nicht sozialversicherungs-
24 pflichtigen geringfügigen Beschäftigung entscheidend gelockert. Nach
25 altem Recht war die wöchentliche Arbeitszeit bei Minijobs auf höchstens
26 15 Stunden beschränkt, wobei das Arbeitsentgelt bis zu 325 Euro im
27 Monat betragen durfte. Mit der rot-grünen Neuregelung entfiel die Befris-
28 tung der Arbeitszeit, das maximale Arbeitsentgelt wurde auf 400 Euro
29 erhöht.

1
2 Seitdem haben sich die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse rasant
3 vermehrt und – aufgrund der oft deutlich zu niedrigen Entlohnung – zum
4 Wachstum des Niedriglohnsektors entscheidend beigetragen. Besonders
5 im Dienstleistungsbereich haben die Zahlen erschreckend zugenommen.
6 Zulasten von früher selbstverständlichen sozialversicherungspflichtigen
7 Stellen bieten immer mehr Unternehmen, insbesondere im Einzelhandel,
8 aber auch im Pflegewesen und Hotelbereich, fast ausschließlich Minijobs
9 an. Auf diese Art sind bereits massenhaft sozialversicherungspflichtige
10 Jobs ohne Hemmung in Minijobs umgebaut worden. Sozialversiche-
11 rungspflichtige Teilzeit wird aber gerade von vielen Frauen gewünscht
12 und stellt sich für bestimmte Lebensphasen als geeignetes Vereinbar-
13 keitsinstrument im Spagat zwischen Familie und Beruf dar. Über 70%
14 der im Niedriglohnsektor Beschäftigten sind Frauen, die auf diese Weise
15 zu Arbeitnehmerinnen zweite Klasse geworden sind und dies häufig
16 dauerhaft bleiben. Das politisch geförderte Segment der Minijobs erweist
17 sich damit als besondere erwerbsbiografische „Falle“ für Frauen.

18 In dem im Januar 2011 erstellten Gleichstellungsbericht an das Bun-
19 desministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch die
20 Sachverständigenkommission kommt auch diese zu dem Ergebnis, dass
21 durch die gesetzliche Förderung von Minijobs in der gegenwärtigen Aus-
22 gestaltung Anreize gesetzt werden, die zu einer misslichen Allianz von
23 Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern führen: „Erscheint
24 die Aufnahme eines Minijobs für viele verheiratete Frauen unter den ge-
25 gebenen institutionellen Rahmenbedingungen oft rational oder alternativ-
26 los, erweisen sich Minijobs in der Lebensverlaufsperspektive häufig als
27 Sackgasse, insofern der Übergang in sozialversicherungspflichtige Be-
28 schäftigung schwierig und eine eigenständige Existenzsicherung in der
29 Erwerbs- und Nacherwerbsphase auf der Basis einer geringfügigen Be-
30 schäftigung unmöglich ist.“

1

2 Vielen Frauen ist inzwischen schon gar nicht mehr bewusst, dass sie ih-
3 ren Teilzeitbeschäftigungswunsch auch in Form einer sozialversiche-
4 rungspflichtigen Tätigkeit ausüben könnten, weil Beschäftigung bis zu 20
5 Wochenstunden quasi nur noch als Minijob angeboten wird, mit z.T. un-
6 angemessen niedrigen Stundenlöhnen und völlig fehlenden Sonder-
7 leistungen. Im Namen der Flexibilität „verkaufen“ die Unternehmen ihr
8 Minijobkonzept als alternativlos und sparen aufgrund der Vertragsgestal-
9 tungen nicht selten Krankengeld, Urlaubsgeld, Überstunden....! Die Ar-
10 beitnehmerinnen haben z.T. auf Abruf bereit zu stehen, haben keine ver-
11 lässlichen Arbeitszeiten, keine verlässlichen Einkommen. Dennoch ver-
12 zichten viele auf ihre Rechte, weil sie wissen, dass ihnen gekündigt wird,
13 wenn sie die ihnen grundsätzlich zustehenden Ansprüche gerichtlich
14 durchsetzen würden.

15

16 Aber auch der Gesellschaft gehen Sozialversicherungsbeiträge dieser
17 ArbeitnehmerInnen verloren und die Solidargemeinschaft muss die
18 Nachteile ausgleichen. Die meisten Mini-JobberInnen nutzen die Mög-
19 lichkeit nicht, (freiwillig) Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, so dass
20 zukünftige nennenswerte Rentenanwartschaften trotz langjähriger Be-
21 rufstätigkeit nicht entstehen und gerade Frauen im Alter verstärkt auf die
22 solidarische Grundsicherung angewiesen sein werden. Kranken- und Ar-
23 beitslosenversicherungsbeiträge fehlen in den Versicherungskassen.

24

25 Es ist aus vielen Gründen unerlässlich, Mini-Jobs zukünftig wieder deut-
26 lich stärker zu reglementieren, um den Missbrauch auf dem Rücken der
27 Beschäftigten und zu Lasten der öffentlichen Kassen eindämmen. Die
28 von dem NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider aktuell geplante Bun-
29 desrats-Initiative u.a. mit dem Ziel einer (Wieder-) Einführung einer Ar-
30 beitszeitbegrenzung auf zwölf Stunden pro Woche greift zu kurz. Die

1 Konsequenz wäre auch sicher nicht die gewünschte Erhöhung des
2 Stundenlohns, sondern die Reduzierung des monatlichen Einkommens
3 der Einzelnen und die Schaffung noch weiterer prekärer Be-
4 schäftigungsverhältnisse.

5

6 Wenn schon nicht die vollständige Abschaffung der Minijobs gefordert
7 wird, so muss ihr Anteil an den Beschäftigungsverhältnissen jedoch wie-
8 der in ein angemessenes Verhältnis kommen. Vor dem Hintergrund ihrer
9 Entstehungsgeschichte, nämlich in Zeiten der Vollbeschäftigung einen
10 sozialversicherungs- und steuerfreien Nebenjob zu ermöglichen und ih-
11 rer inzwischen ungewollten Ersatzfunktion für sozialversicherungspflichtige
12 Arbeit müssen die sog. Minijobs wieder darauf zurückgeführt werden,
13 was sie eigentlich sein sollten; nämlich ein Instrument, welches bei der
14 Einstellung von Aushilfskräften für besondere Situationen mehr Flexibili-
15 tät ermöglicht.

16

17 In größeren Unternehmen dürfte diese Flexibilität auch gewährleistet
18 sein, wenn die Anzahl der von MinijobberInnen geleisteten Stunden ma-
19 ximal 10 % der insgesamt in dem Unternehmen geleisteten Stunden
20 ausmacht.

21

22

23

24 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

25

26

SPD

Projekt „Starke Basis“

Die Parteireform im SPD Unterbezirk Kleve

Abschlussbericht



Vorwort

Die SPD ist zu Recht stolz darauf, eine Partei mit einer breit gefächerten Mitgliedschaft zu sein. Sie ist eben keine Klientel-, sondern Volkspartei im besten Sinne: Arbeiter, Beamte, Angestellte, Unternehmer, Pensionäre, Rentner, Arbeitssuchende – die SPD ist seit mehr als 140 Jahren Garant dafür, dass deren Stimmen gehört werden und vertritt eine Politik der sozialen Balance.

Doch die Wahlergebnisse, insbesondere des Jahres 2009, verbunden mit zu vielen Parteiaustritten, waren für die Partei Anlaß, die SPD neu auszurichten und aufzustellen. Der SPD-Parteivorstand um Sigmar Gabriel hat deshalb eine Reform der Partei angestoßen.

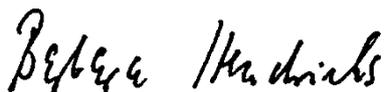
Die Kreis Klever SPD hat dies darin bestärkt, auch die eigene Organisation kritisch zu betrachten und zu überprüfen. In mehreren offenen Veranstaltungen unter dem Titel „Starke Basis“ wurde ohne Vorfestlegungen diskutiert, wurden Arbeitsgruppen gebildet und Vorschläge erarbeitet, die nun vorliegen.

Dieser Bericht fasst die Ergebnisse dieser monatelangen Arbeit zusammen, an der sich viele Mitglieder beteiligt haben – erfreulicherweise auch viele ohne Funktionen und Mandate. Die Veränderungsvorschläge betreffen die Struktur und Organisation der Kreis Klever SPD und ihrer Ortsvereine, die Bildungsarbeit sowie die parteiinterne und -externe Kommunikation.

Eines hat die fruchtbare Arbeit der vergangenen Monate gezeigt: Die SPD im Kreis Kleve hat eine „starke Basis“ mit motivierten und engagierten Mitgliedern. Darauf kann sie stolz sein.

Die hier präsentierten Ideen sollen helfen, dass die SPD zukunftsfähig bleibt, weiter an Attraktivität gewinnt und in unseren Kommunen und im Kreis eine starke Stimme hat, die sich stützt auf eine starke Basis.

Kleve, im Juni 2011



Dr. Barbara Hendricks MdB
Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Kreis Kleve

Ein Dank für die intensive, engagierte und fruchtbare Arbeit gilt allen Mitgliedern, die sich im Rahmen des Projekts „Starke Basis“ eingebracht haben. Ein besonderes Dankeschön gebührt dabei den folgenden Genossinnen und Genossen:

Ralf Angenendt, Rita Böhm, Hejo Eicker, Heinz Ermers, Jürgen Franken, Hermann Heinemann, Elke Hermans, Viviane Hermans, Friedhelm Kahm, Norbert Killewald, Jürgen Koch, Hans Theo Krauhausen, Brigitte Middeldorf, Jochen Neuhaus, Ulrike Nehls, Kurt Nickel, Jürgen Noth, Carsten Otto, Bianca Purrucker, Dörte Ratay, Matthias Rebbert, Klaus Reiners, Peter Runge, Thorsten Rupp, Helmut Seher (†), Mandy Stalder, Johannes Stracke, Elke Trüpschuch, Magnus van Oeffelt, Irene und Michael Vonscheidt, Karin Wilhelm und Bodo Wißen.

Inhalt

Vorwort	Seite 2
Inhalt	Seite 3
I. Parteireform und Mitgliederentwicklung	Seite 5
- Die Parteireform auf Bundes- und UB-Ebene.....	Seite 5
-Mitgliederentwicklung.....	Seite 9
II. Die Mitglieder- und Mitmachpartei	Seite 10
- Die Mitmachpartei.....	Seite 10
- Die Mitgliederpartei.....	Seite 11
III. Bildungsarbeit / Nachwuchsförderung	Seite 12
- Bildungsvereinbarung.....	Seite 12
- Nachwuchsförderung.....	Seite 12
IV. Parteistruktur und Themenveranstaltungen	Seite 13
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen UB-Vorstand, OV-Vorstand und Fraktionen.....	Seite 13
- Gründung eines Arbeitskreises Integration und Migration.....	Seite 13
- Mehr Gehör für die OV im UB-Vorstand.....	Seite 13
- Mitgliederbefragungen.....	Seite 14
- UB-Parteitage mit Werkstattcharakter.....	Seite 14
- Themenveranstaltungen.....	Seite 14
- Referentenpool für OV.....	Seite 14
V. Internet und Netzwerke	Seite 15
- Internet und Web 2.0.....	Seite 15
- Neue Kommunikationswege.....	Seite 16
Anhang	Seite 18

Impressum

Dieser Abschlussbericht basiert auf den Arbeitsergebnissen der fünf Arbeitsgruppen.

Inhaltlich verantwortlich für die einzelnen Ergebnisse sind jeweils:

- I. Parteireform / Mitgliederentwicklung: Thorsten Rupp
- II. Mitglieder- und Mitmachpartei: Hermann Heinemann
- III. Bildungsarbeit und Nachwuchsförderung: Jürgen Franken
- IV. Parteistruktur und Themenveranstaltungen: Norbert Killewald
- V. Internet und Netzwerke: Bodo Wißen, Elke Trüpschuch

Redaktion: Olaf Plotke, Thorsten Rupp, Johannes Stracke

Kleve, im Juni 2011

I. Parteireform und Mitgliederentwicklung

Die Parteireform auf Bundes- und UB-Ebene

Nach der Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 hatte der neu gewählte Parteivorsitzende Sigmar Gabriel eine Parteireform vorgeschlagen. Doch diese Parteireform sollte nicht von oben verordnet werden, sondern sich von unten entwickeln.

Deshalb startete die Bundes-Partei eine großangelegte Befragung der Ortsvereine und Unterbezirke, bei der diese sich kritisch mit dem Zustand, Ausrichtung, Organisation und Politik der SPD auseinandersetzen sollten. Gefragt wurde u.a. nach Gründen für die Wahlniederlage, den Mitgliederschwund, aber auch nach Meinungen zur Organisation der Partei auf den einzelnen Ebenen. Begleitet wurde die Befragung von einem renommierten, unabhängigen Forschungsinstitut.

Dem Unterbezirk Kleve kam dabei eine besondere Rolle zu – er wirkte an einem so genannten Pre-Test (Testlauf/Simulation) mit, bei dem die Fragebögen auf Verständlichkeit und Wirklichkeitsnähe überprüft wurden. Dazu fand in Uedem im März 2010 eine Veranstaltung statt mit dem Forschungsinstitut, Vertretern des Parteivorstands und Vertretern der SPD-Ortsvereine.

Der fertige, mehrseitige Fragebogen wurde schließlich an alle Unterbezirke und Ortsvereine in Deutschland verschickt. Das Forschungsinstitut hatte eine Beteiligung von maximal 30 Prozent aller Ortsvereine prognostiziert. Am Ende waren es dann 45 Prozent. Ein Zeichen dafür, wie intensiv, leidenschaftlich und engagiert die Ortsvereine die Chance genutzt haben, die Wahlniederlage zu analysieren und Weichen für eine erfolgreichere Zukunft zu stellen.

Auch im Kreis Kleve haben Ortsvereine die Möglichkeit genutzt, die Fragebögen nicht innerhalb des Vorstands, sondern im Rahmen von Mitgliederversammlungen zu diskutieren und auszufüllen.

Der Unterbezirksvorstand nahm die begonnene Parteireform auf Bundesebene zum Anlass, auch die eigene Struktur, Ausrichtung und den Zustand der Partei zu überprüfen.

Am 23. Januar fand eine Mitgliedervollversammlung unter dem Arbeitstitel „Starke Basis“ im Bürgerhaus in Uedem statt. Dort wurde zwei Arbeitsgruppen gegründet: die AG „Mitglieder- und Mitmachpartei“ unter der Leitung von Thorsten Rupp und die AG „Dialog- und Kommunikationsfähigkeit“ unter der Leitung von Norbert Killewald. Viele Mitglieder, auch ohne Funktionen und Mandate, nutzten die Gelegenheit, sich hier einzubringen und an einer Neuausrichtung der SPD im Kreis Kleve mitzuwirken.

Am 1. Dezember 2010 kam es im Bürgerhaus Uedem zu einer abschließenden gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgruppen. Elf Handlungsempfehlungen an den Unterbezirksvorstand wurden hier beschlossen:

1. Mitgliederentwicklung
Auswertung der Mitgliederentwicklung des UB-Kleve und der OV der Jahre 2009 und 2010 unter Berücksichtigung der wesentlichen Parameter zur Organisation: Zugänge,

Abgänge, Veränderungen im Bestand, Gastmitglieder, Jusos, Alterskohorten, Beitragshöhe, Berufsgruppen usw.

2. Kampagnenfähigkeit

Überprüfung und Analyse der Ergebnisse der OV- und UB-Befragung für den UB-Kleve vor dem Hintergrund von Kampagnenfähigkeit, Wahlkampfinstrumenten, Rolle der Neuen Medien, Zahl der Aktiven in den OV, Zahl der Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen, Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, Netzwerke und Zielgruppenarbeit

3. Parteireform

Begleitung der Diskussionen zur Parteireform in NRW und im Bund bis zum UB-Parteitag, Landes- und Bundesparteitag.

4. Mitgliederwerbung

Hinweise aus der AG zum Bereich Mitgliederwerbung nutzen und daraus Empfehlungen für den Unterbezirk und die Ortsvereine formulieren.

5. Mitmachpartei

Die Aufstellung der AG mit den Angeboten zur Mitarbeit und Beteiligung von Mitgliedern in den OV und im UB prüfen und Vorschläge daraus erarbeiten. Fraktionen mit berücksichtigen. Die Einrichtung eines lokalen Referentenpools für Veranstaltungen der OV und der Arbeitsgemeinschaften prüfen, der aus „Experten“ aus der Mitgliedschaft der Kreis Klever SPD besteht.

6. Bildungsarbeit

Zur Verbesserung der Bildungsarbeit und damit der Qualifizierung der Mitglieder für Funktionen und Mandate muss die bildungspolitische Erklärung der Kreis Klever SPD (siehe Seite 9) umgesetzt werden. Um die engagierte Arbeit der Ortsvereine besser in die Öffentlichkeit zu kommunizieren, soll für die OV-Vorstandsmitglieder eine langfristige Workshop-Reihe zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden.

7. Parteistruktur

Parteistrukturen im UB-Kleve prüfen und ggf. Vorschläge zur Reform der Arbeitsstrukturen bzw. der Satzung erarbeiten. Ziel soll sein, die Kreis Klever SPD zu einer Werkstatt-Partei weiter zu entwickeln. Dafür könnte die Gründung neuer Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften sinnvoll sein, z.B. die Gründung eines Arbeitskreises „Integration und Migration“. Ebenso müssen die bestehenden Arbeitsgemeinschaften ihre Aufgaben und Arbeit überprüfen. Der UB-Vorstand sollte zweimal im Jahr gemeinsam mit dem UB-Ausschuss tagen, um seine Arbeit intensiver mit den Ortsvereinen abzustimmen.

8. Themenveranstaltungen

Jedes Jahr sollen bis zu vier Themenveranstaltungen zu bundes- und landespolitischen Themen durchgeführt werden. Daneben können auch aktuelle Themen der Region aufgegriffen werden. Dadurch soll das Profil der SPD geschärft werden und die politische Meinungsbildung verbessert werden. Die Zusammenarbeit

der OV untereinander und mit dem UB soll so verbessert werden. Gegebenenfalls könnten Facharbeitskreise initiiert und etabliert werden. Der OV, in dessen Zuständigkeitsbereich der Veranstaltungsort fällt, organisiert gemeinsam mit dem Unterbezirk die Veranstaltung. Eine Veranstaltung wird immer gemeinsam von mehreren OV gemeinsam vorgeschlagen. Der UB übernimmt, zu den bisherigen Bedingungen, den Versand der Einladung auch für die umliegenden OV. Themen könnten z.B. sein: Gesundheitspolitik, Finanzpolitik, Inklusion oder Armut.

9. Forum Web 2.0

Der sog. „Helferkreis neue Medien“ wird zum „Forum Web 2.0“ weiter entwickelt und dient dem Austausch und der Koordination der Internetbeauftragten und Webmaster der Ortsvereine und des Unterbezirks. Außerdem sollen Workshops in diesem Bereich angeboten werden.

10. Nachwuchsförderung

Eine ständige Aufgabe aller Ebenen ist es, ausreichend Nachwuchs für Funktionen und Mandate zu gewinnen und zu qualifizieren. Dies wird leider immer schwieriger, was sicherlich auch damit zu tun hat, dass dem Nachwuchs teilweise keine klaren Perspektiven aufgezeigt werden. OV und UB sollten sich frühzeitig Gedanken darüber machen, wer in den nächsten Jahren im UB, im OV und in den Fraktionen, spätestens 2014 Verantwortung übernehmen soll. Hier kann dann auch frühzeitig eine Förderung einsetzen, um die potentiellen Kandidaten auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

11. Netzwerke bilden

Die Kommission prüft, wie es gelingen kann, die aktiven Mitglieder der Kreis Klever SPD besser untereinander zu vernetzen, damit es mehr Austausch zwischen den Mitgliedern unabhängig von der Gliederungsebene geben kann.

Der UB-Vorstand setzte eine Kommission unter Leitung von Norbert Killewald ein, die aus diesen Handlungsempfehlungen konkrete Maßnahmen erarbeiten sollte. Die elf Handlungsempfehlungen wurden thematisch gebündelt und auf fünf Arbeitsgruppen verteilt:

I: Parteireform/Mitgliederentwicklung: Thorsten Rupp

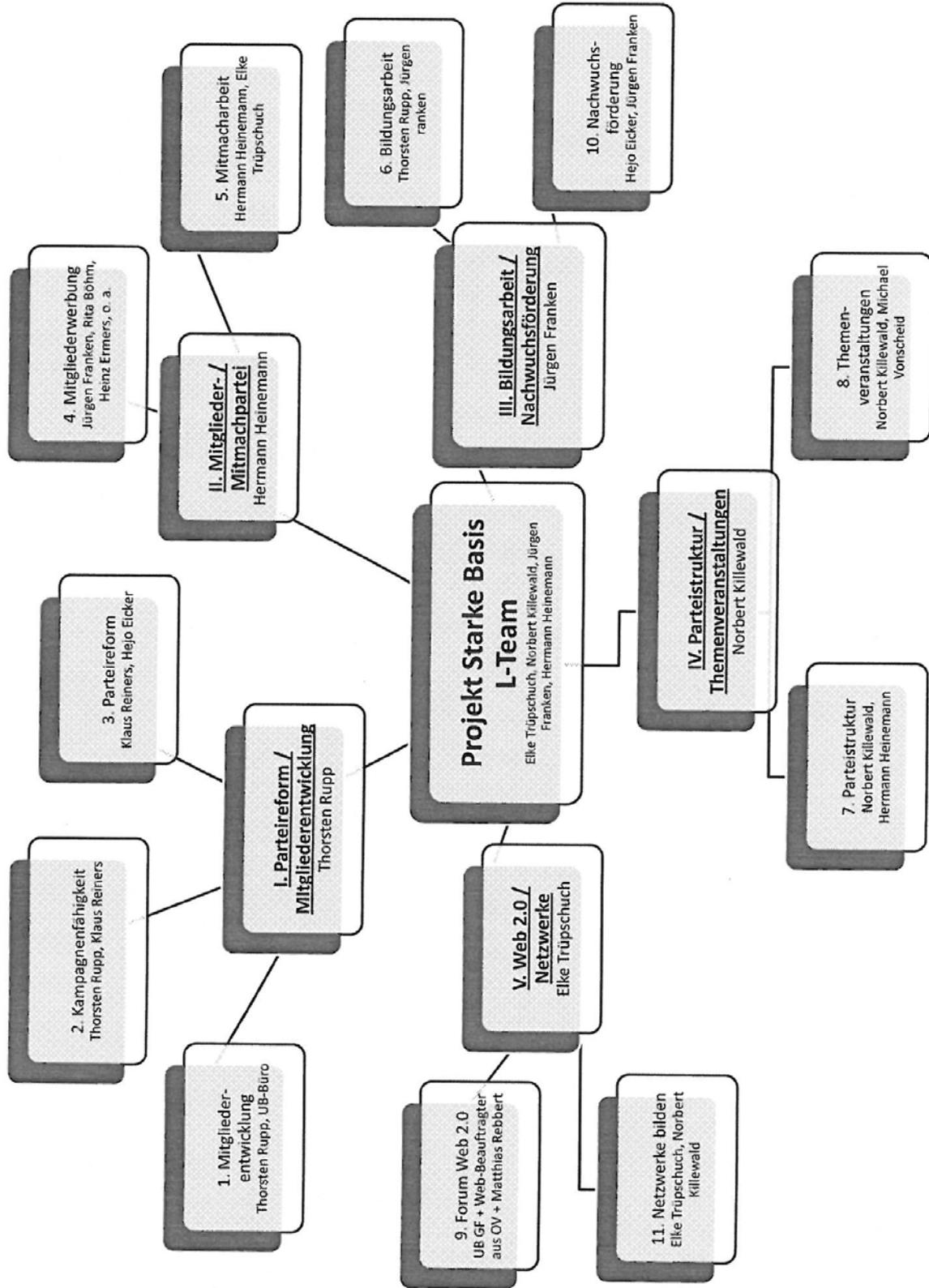
II: Mitglieder- und Mitmachpartei: Hermann Heinemann

III: Bildungsarbeit und Nachwuchsförderung: Jürgen Franken

IV: Parteistruktur und Themenveranstaltungen: Norbert Killewald

V: Internet und Netzwerke: Elke Trüpschuch/Bodo Wißen

Organigramm der Projektgruppe



Im Vorfeld des UB-Parteitags am 15. Juli 2011 fanden Versammlungen der Ortsvereine statt, auf denen die Ideen diskutiert werden. Die Versammlungen finden statt in Geldern (mit Kerken, Rheurdt, Straelen und Wachtendonk), Emmerich (mit Praest-Vrasselt-Dornick und Rees), Kleve (mit Bedburg-Hau und Kranenburg), Kevelaer (mit Weeze, Uedem und Kalkar) und Goch.

Mitgliederentwicklung

Ende Dezember 2010 hatte die SPD im Kreis Kleve 1.468 Mitglieder, 20 weniger als noch ein Jahr zuvor. Der Rückgang war damit prozentual geringer als NRW-weit.

49 Mitglieder traten aus der SPD aus (12 mehr als im Vorjahr), 24 Mitglieder verstarben. Gleichzeitig konnten 53 neue Mitglieder begrüßt werden.

Die meisten Neumitglieder hatten die OV Geldern (12), Kalkar und Goch (beide 6).

49 Prozent der neuen Mitglieder waren im Juso-Alter, was die Bedeutung der derzeit sehr aktiven Juso-Arbeit auf Kreisebene deutlich macht. Die SPD im Kreis Kleve hat 180 Mitglieder im Juso-Alter (12,16%), was rund 2,25%-Punkte höher ist als im Landesverbandsvergleich.

(Der komplette Bericht zur Mitgliederentwicklung findet sich im Anhang, S.24)

II. Die Mitglieder- und Mitmachpartei

Die Kreis Klever SPD wird zur Mitglieder- und Mitmachpartei. Eine Partei, die für ihre Mitglieder da ist und ihnen etwas bietet. Und eine Mitmachpartei, in der man mitmachen kann und die auch selber mitmacht im gesellschaftlichen Leben.

Die Mitmachpartei

Einladung zur Politik

Die SPD im Kreis Kleve will die Bürger einladen, Politik zu machen - auch ohne Parteibuch, auch wenn es ihr Interesse nur einem einzelnen Thema gilt.

Denn viele Menschen interessieren sich für das, was politisch in ihrer Nachbarschaft, ihrer Gemeinde, ihrem Kreis passiert und wollen sich einbringen. Aber viele scheuen auch die Mitgliedschaft in Parteien. Die SPD im Kreis Kleve will diese Menschen einladen, mitzumachen und sich bei den Themen einzubringen, die ihnen „auf den Nägeln brennen“. Dafür ist eine Öffnung der Partei- und Gremienarbeit nach außen nötig soweit das praktisch und (partei)rechtlich möglich ist.

Die OV werden aufgerufen, das Engagement parteiloser, aber engagierter Bürger zu nutzen, sie zum Gedankenaustausch in den OV oder die Fraktion einzuladen. Letztlich kann die SPD dadurch nur gewinnen: Denn sie schenkt den Menschen und ihren Anliegen Gehör und profitiert von Ansichten und Wissen von außerhalb der eigenen Partei.

Wenn möglich, sollten die Mitgliederversammlungen öffentlich sein. Doch eine Versammlung, die nur aus Parteiformalien besteht, ist für Nicht-Mitglieder uninteressant. Deshalb sollen Mitgliederversammlungen künftig wenn möglich mit interessanten Sachthemen und Referaten verbunden werden, die die Menschen auch außerhalb der SPD bewegen. Über die Presse soll dann vor allem das interessante Thema, bzw. Referat veröffentlicht werden – als Einladung zur Politik. Die Gäste sollten sich dann bei den Veranstaltungen auch wohlfühlen, zur Diskussion ermuntert werden und sich nicht wie Fremdkörper vorkommen. Das verlangt von den OV natürlich, den Veranstaltungen den formalen Charakter zu nehmen, bzw. die Formalitäten so gering und kurz wie möglich zu halten und z.B. das interessante Referat nicht am Ende einer Mitgliederversammlung einzuplanen, sondern am Anfang. Die Gäste sollten sich ja nicht eine Stunde langweilen, bevor endlich „ihr“ Thema kommt.

Tipp: Wenn Gäste bereit sind, ihre Mailadresse oder Telefonnummer zu hinterlassen, kann man sie zur nächsten politischen Mitmach-Veranstaltung direkt einladen.

Weitere Ideen, die zum Mitmachen anregen:

- Die Bürger einladen, Themen an eine Flip-Chart zu schreiben, die sie interessieren und um die sich die SPD kümmern soll.

- Thekengespräche, bzw. SPD-Stammtische in Kneipen durchführen. Allerdings so, dass für die anderen Besucher erkennbar ist, dass dort Mitglieder der SPD diskutieren. Die Hemmschwelle in einer Gaststätte ist niedrig, so dass Menschen sich spontan überlegen können, einmal einen SPD-Ratsherrn anzusprechen.
- Besuche der Partei bei Firmen, Sportstätten etc., zu denen auch Nicht-Mitglieder eingeladen sind. Das muss natürlich vorab auch wieder über die Presse kommuniziert werden.

Die SPD macht mit

Die Mitmachpartei zeichnet sich dadurch auch, dass sie auch selbst mitmacht. Die Partei und ihre Mitglieder sollten sich gegenüber den örtlichen Vereinsleben offen zeigen und bei traditionsreichen Veranstaltungen z.B. als Helfer zur Verfügung stehen oder Großveranstaltungen selbst zusammen mit anderen Vereinen organisieren. Die SPD ist auch da besonders erfolgreich, wo ihre Mitglieder selbstverständlich mitmachen in Chören, Heimat-, Musik- und Schützenvereinen.

Die Mitgliederpartei

Für die Mitglieder da sein

Die SPD im Kreis Kleve will eine große Gemeinschaft sein. Sie will für ihre Mitglieder da sein und ihnen etwas bieten. Es soll Spaß machen, in der SPD zu sein!

Dafür sollen die OV möglichst viele Veranstaltungen für ihre Mitglieder organisieren. Die müssen nicht immer nur politischer Natur sein. Auch eine Radtour, ein gemeinsames Grillen oder das gemeinsame Fußball-Gucken kann das Gemeinschaftsgefühl beleben. Ggfs. können durch gemeinsame Veranstaltungen mit benachbarten OV auch besondere Veranstaltungen organisiert werden. Hier ist die Kreativität der OV-Vorstände gefragt, mit welchen Veranstaltungen, die Gemeinschaft der SPD vor Ort belebt werden kann.

Für neue Mitglieder attraktiv sein

Ein lebendiger Ortsverein ist die beste Werbung für die SPD. Wo den Mitgliedern etwas geboten wird, da wollen auch andere mitmachen.

Entscheidend ist aber die persönliche Ansprache. Denn nur so können Hemmschwellen abgebaut werden. Wer mehrmals zu Veranstaltungen der SPD gekommen ist, der würde sich vielleicht gerne noch mehr einbringen, traut sich aber nicht, den nächsten Schritt zu machen. Deshalb: Ran an die Menschen! Die Jusos im Kreis Kleve haben gezeigt, dass es geht. Die vielen Neugründungen von Arbeitsgemeinschaften sind das Resultat von persönlichen Ansprachen in der Schule, im Verein, in der Disco.

Neumitglieder müssen dann natürlich auch besonders betreut werden. Sie wollen eingebunden werden, sie wollen mitmachen.

(Ein wichtiges Instrument der Neumitgliederbetreuung ist hierbei auch der Bildungsscheck: siehe III. Bildungsarbeit / Nachwuchsförderung, Seite 9)

III. Bildungsarbeit / Nachwuchsförderung

Die politische Bildungsarbeit ist ein Schwerpunkt der innerverbandlichen Arbeit der Kreis SPD. Gut ausgebildete Funktionäre und Mandatsträger sind das Grundgerüst für die politische Arbeit vor Ort. In Zusammenarbeit mit der SGK Kreis Kleve werden deshalb immer wieder intensive Qualifizierungen und Schulungen angeboten. Die politische Bildungsarbeit der SPD darf sich aber nicht nur auf die Funktionsträger beschränken. Alle Mitglieder der Partei sollen von der Bildungsarbeit profitieren.

Bildungsvereinbarung

Um alle Bereiche der innerverbandlichen Bildungsarbeit zu bündeln und eine Verbindlichkeit des Zusammenwirkens aller Ortsvereine, des Unterbezirkes und der SGK zu gewährleisten, ist eine bildungspolitische Erklärung der Kreis Klever SPD als Bildungsvereinbarung in den entsprechenden Gremien erörtert und beschlossen worden (*siehe Anhang, Seite 22*). Sie beinhaltet danach drei Themenblöcke:

1. Bildungsscheck für Neumitglieder
 - Jedes neue Mitglied mit Eintrittsdatum ab dem 1. Juli 2009 erhält mit einem Begleitschreiben den Bildungsscheck über 100 Euro für ein frei wählbares politisches Weiterbildungsangebot. Die Kosten werden hälftig von Unterbezirk und Ortsverein getragen (*Entwurf für das Layout: siehe Anhang, Seite 23*).
2. Qualifizierungsprogramm für Funktionäre (OV-Vorstände, Vorstände Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise)
 - Auch für sie ist ein Zuschuss von 100 Euro pro Jahr für Weiterbildungsangebote vorgesehen. (In einigen Ortsvereinen gibt es darüber hinaus individuelle Absprachen bis hin zur kompletten Kostenübernahme – eine sinnvolle Investition, die zur Nachahmung empfohlen wird.)
3. Qualifizierungsprogramm für kommunale Mandatsträger
 - Kommunale Mandatsträger können Kosten für politische Weiterbildungsseminare mit der SGK Kreis Kleve abrechnen, die davon 50 Prozent übernimmt.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die „Erklärung der Kreis Klever SPD zur innerverbandlichen Qualifizierung“ im Anhang hingewiesen, die vom UB und allen OV gegengezeichnet wurde und damit verbindlich gültig ist.

Nachwuchsförderung

Die Nachwuchsförderung ist eine stetige Aufgabe der Ortsvereine und des Unterbezirks. Gerade die Gründungsoffensive von Juso-AG im ganzen Kreis Kleve zeigt, dass es viele junge Leute gibt, die sich engagieren wollen. Ortsvereine und Unterbezirk sollten sich rechtzeitig Gedanken über künftige Potenzialträger machen und ihnen eine klare Perspektive aufzeigen. Rechtzeitige Weiterbildung eröffnet gleich mehrere Chancen:

1. Sie qualifiziert künftige Mandatsträger und hilft Unsicherheiten abzubauen, die gerade bei „Neulingen“ in vielfacher Weise bestehen.
2. Sie unterstreicht, dass es Vorstand und Ortsverein „ernst meinen“.
3. Sie nimmt die Potenzialträger in die Pflicht und sorgt für eine gewisse emotionale Verpflichtung.

Wichtig: Die Suche und Förderung von Mandats- und Funktionsträgern sollte frühzeitig beginnen!

IV. Parteistruktur und Themenveranstaltungen

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen UB-Vorstand, Ortsvereinsvorständen und den Fraktionen

Um den Sachverstand in den Fraktionen und Vorständen der SPD im Kreis zu bündeln und die Kommunikation unter einander zu verbessern, soll eine Art regelmäßiger Austausch initiiert werden. Vorbild ist der UB-Ausschuss, der aber um die Verantwortlichen aus den Fraktionen ergänzt werden könnte. Dieses neue Gremium könnte an der politischen Willensbildung im Unterbezirk mitwirken und eine bessere Koordination der Fraktionen und OV ermöglichen. Ob es dieses neue Gremium geben wird, und wie es genau aussehen wird, soll im Rahmen der fünf Ortsvereinsversammlungen im Vorfeld des UB-Parteitages diskutiert werden.

Gründung eines Arbeitskreises Integration und Migration

Die SPD steht für Toleranz und eine offene Gesellschaft. Integration von Migranten ist eine fortwährende gesellschaftliche Aufgabe. Leider wurde das Thema in den vergangenen Jahren immer wieder populistisch diskutiert, zum Teil sogar von SPD-Mitgliedern (Thilo Sarrazin). Die SPD im Kreis Kleve sollte ihr Profil als Partei der Integration schärfen und einen Arbeitskreis Integration und Migration ins Leben rufen.

(siehe: Arbeitsauftrag an den UB-Vorstand in der Anlage, Seite 21)

Mehr Gehör für die OV im UB-Vorstand

Der Unterbezirksvorstand soll vor Beschlüssen über grundsätzliche politische, organisatorische und wirtschaftliche Fragen (einschließlich Haushalt des UB) die Ortsvereinsvorsitzenden zur gemeinsamen Beratung einladen. Das soll auch für die Vorbereitung von Wahlen gelten.

Die Ortsvereine sollen außerdem in die Lage versetzt werden, beratend an UB-Vorstandssitzungen teilzunehmen, wenn mindestens drei Ortsvereine dies fordern.

(siehe: Antrag an den UB-Parteitag in der Anlage, Seite 20)

Mitgliederbefragungen

Eine stärkere Beteiligung der Mitglieder an grundsätzlichen Entscheidungen wurde von fast allen Ortsvereinen im Rahmen der Befragung durch die Bundespartei gefordert. Der UB Kleve sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die Möglichkeiten für Mitgliederbefragungen schaffen.

(siehe: Antrag an den UB-Parteitag in der Anlage, Seite 20)

UB-Parteitage mit Werkstattcharakter

Die UB-Parteitage sollen zu Mitmach-Parteitagen für alle Mitglieder weiterentwickelt werden. Neben den Wahlen, Berichten und Formalien soll in Workshops über diversen Themen informiert und diskutiert werden. So soll die „Willensbildung von unten“ verbessert und die Mitgliederbeteiligung erleichtert werden.

(siehe Arbeitsauftrag an den UB-Vorstand in der Anlage, Seite 21)

Themenveranstaltungen

Die Landes- und Bundespolitik soll für die Mitglieder transparenter werden. Deshalb sollen jedes Jahr bis zu vier Themenveranstaltungen im UB Kleve stattfinden, ggfs. können auch regionale Themen aufgegriffen werden, wenn diese interkommunal interessant sind. Dadurch soll das Profil der SPD geschärft, die Zusammenarbeit der OV untereinander gefördert und die Mitglieder ohne Ämter stärker eingebunden werden.

Vorschläge für Themenveranstaltungen sollten von UB und OV kommen. Ggfs. könnte ein Arbeitskreis gebildet werden, der die Themenfindung organisiert.

(siehe Arbeitsauftrag an den UB-Vorstand in der Anlage, Seite 21)

Referentenpool für OV

Um den OV die Organisation von interessanten Veranstaltungen für ihre Mitglieder zu erleichtern, soll ein Referentenpool gebildet werden mit Expertinnen und Experten aus dem Kreis und der Region, die für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

(siehe Arbeitsauftrag an den UB-Vorstand in der Anlage, Seite 21)

V. Internet und Netzwerke

Internet und Web 2.0

Das Internet ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Es ist für die Kommunikation längst unverzichtbar geworden. Die Ortsvereine im Kreis Kleve sind längst alle mit eigenen Webseiten im Internet vertreten. Diese dienen als Schaufenster der jeweiligen Politik und dienen vor allem der Information der Besucher. Eine Interaktion zwischen Besucher und Betreiber findet hier nicht statt.

Unter dem Schlagwort „Web 2.0“ versteht man dagegen Internetangebote, die diese Interaktion zulassen. Sie sind für die Öffentlichkeitsarbeit der SPD im Kreis Kleve mittlerweile längst unverzichtbar geworden. Viele Funktionsträger nutzen sie schon seit Jahren zur Kommunikation innerhalb und außerhalb der SPD.

Die bekanntesten Angebote des „Web 2.0“ sind die so genannten Sozialen Netzwerke („Social Networks“). Dazu gehören Angebote wie Facebook, Twitter, StudiVZ, MySpace u.a.

Diese Netzwerke sind nicht nur ein netter Zeitvertreib, sondern vor allem eine riesige Marketing- und Kommunikationsplattform. Und auch die Parteien nutzen sie sehr intensiv und erfolgreich. So waren es vor allem Facebook-Nutzer, die Joachim Gauck als Bundespräsidentenskandidaten zu immenser Popularität verhalfen. Dadurch, dass sich mehr als eine Million Menschen bei Facebook als seine Unterstützer zu erkennen gaben, konnte keine Zeitung, kein Fernsehsender und keine Radiostation ignorieren, dass Gauck die Sympathien der Menschen gehören.

Wegen der immensen Wichtigkeit, die Facebook mittlerweile hat, hier nun eine kleine Einführung für alle, die dort bislang noch nicht aktiv sind.

Facebook

Mit mehr als 660 Millionen Nutzern ist Facebook das größte Soziale Netzwerk im Internet. Wer sich anmeldet, muss ein so genanntes Profil von sich erstellen, quasi eine eigene Webseite. Was man dort von sich preisgibt, kann man selbst bestimmen. Um mit anderen zu interagieren, muss man „Freunde“ finden, wie es bei Facebook heißt. Im Prinzip baut man sich ein eigenes Netzwerk auf mit Menschen, mit denen man interagieren möchte.

Was man nun auf seine eigene Facebook-Seite schreibt, die so genannte „Pinnwand“, taucht automatisch auf der Neuigkeitsseite (Startseite) aller Mitglieder (Freunde) des eigenen Netzwerks auf. Man kann private Dinge „posten“ (also schreiben) oder auch Links zu Artikeln, Videos etc. auf anderen Webseiten im Internet setzen.

So ergeben sich schnell Diskussionen im eigenen Facebook-Profil mit anderen Mitgliedern des Netzwerks.

Weitere Funktionen von Facebook:

1. Die Chat-Funktion, die eine Echtzeit-Kommunikation mit anderen Mitgliedern des eigenen Netzwerks bietet. Man sieht, wer von den eigenen Freunden gerade „online“ ist und kann diesen dann direkt anschreiben.
2. Veranstaltungen erstellen: Facebook bietet die Möglichkeit, Veranstaltungshinweise zu erstellen und sie für jedermann öffentlich anzuzeigen. Außerdem können ganz gezielt Mitglieder aus dem eigenen Netzwerk eingeladen werden, die dann zu- oder absagen können. Eine nützliche Funktion, die man für jede interne und offene Parteiveranstaltung nutzen sollte.
3. Mail-Funktion: Facebook bietet auch die Möglichkeit, E-Mails Facebook-intern zu versenden. Für Ortsvereine kann das vor allem bei der Organisation von Veranstaltungen sinnvoll sein, da alle Angeschriebenen sehen können, was die anderen antworten und so alle auf dem gleichen Stand sind.
4. Gründung von Gruppen- oder Firmenseiten: Facebook bietet auch die Möglichkeit, neben privaten Webseiten für Einzelpersonen, Seiten für Firmen und Organisationen zu gründen, die Gründung einer Seite für den eigenen Ortsverein.
5. Gründung von Unterstützerseiten: Nach dem Vorbild der Joachim Gauck-Unterstützerseite, können natürlich ähnliche Seiten auch für Bürgermeisterkandidaten gegründet werden (Ähnlich den Anzeigen von Wählerinitiativen). Josef Gietemann, SPD-Bürgermeisterkandidat in Kleve, hatte im Wahlkampf 2009 bereits eine solche Unterstützerseite.

Facebook bietet noch viele andere Funktionen und Möglichkeiten. Am besten einfach mal anmelden und entdecken.

Übrigens: Facebook ist kostenlos.

Neue Kommunikationswege

Die Bulk-SMS

Unter Bulk-SMS bzw. Massen-SMS versteht man Kurzmitteilungen, die von zentraler Stelle aus über ein Webinterface an Mobiltelefone versandt werden können. Die Länge der Kurzmitteilungen beträgt im Regelfall 160 Zeichen, es sind jedoch sogenannte Ketten-SMS möglich, mit deren Hilfe die Gesamtlänge auf maximal 800 Zeichen erhöht werden kann.

Bulk-SMS sind immer dann sinnvoll, wenn Informationen ohne lange Vorlaufzeit an einen größeren Empfängerkreis zugestellt werden sollen. Die durchschnittliche Zustellzeit beträgt etwa 30 bis 300 Sekunden und gleicht damit der Zustellgeschwindigkeit von e-Mails. In Abgrenzung zu e-Mails kann jedoch deutlich eher davon ausgegangen werden, dass die übermittelte Information vom Empfänger sehr zeitnah – im Regelfall am selben Tag – gelesen wird.

In den vergangenen Jahren sind die Kosten für den Versand von Bulk-SMS kontinuierlich gesunken. Einfache Bulk-SMS mit 160 Zeichen können inzwischen für etwa 2 Euro-Cent pro Empfänger verschickt werden. Textlängen bis maximal 800 Zeichen sind durch Verkettung von SMS a 160 Zeichen möglich. Eine SMS mit bis zu 320 Zeichen kostet entsprechend etwa 4 Euro-Cent pro Empfänger.

Anwendungsbeispiele:

- (1) Ein Mitglied des OV Emmerich wird auf eine externe Veranstaltung aufmerksam, welche für die anderen Mitglieder des Ortsvereins von Interesse sein könnte. Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden wird folgende SMS verschickt:

„Heute Abend öffentliche Mahnwache gegen Atomkraft auf dem Marktplatz. Beginn 20.00Uhr. Bitte kommt, wenn Ihr Zeit habt! Mit solidarischen Grüßen M. Mölder“.

Die SMS hat 146 Zeichen. Würde sie in dieser Form an die ca. 120 Mitglieder des OV Emmerich geschickt, entstünden dem OV Kosten in Höhe von etwa 2,40 Euro.

Groupware-Dienste

Groupware-Applikationen sind eine zeitgemäße Weiterentwicklung von Usenet-Newsgroups und Mailinglisten und vereinen und erweitern deren Vorzüge. Newsgroups, auch Diskussionsforen, sind virtuelle Plätze zum Austausch und Archivierung von Meinungen, Gedanken und Erfahrungen. Die Kommunikation findet dabei asynchron, das heißt nicht in Echtzeit, statt. Usenet-Groups stellen hierbei die wesentliche „Urform“ der Newsgroups dar: Das Usenet basiert auf einem dezentralen System von Servern, an die man Nachrichten (Postings) schicken kann, die dann in einer Newsgroup für alle Abonnenten dieser zur Verfügung stehen. Mailinglisten funktionieren ähnlich wie das Usenet. Man schreibt sich mit seiner E-Mail-Adresse bei einem Server in eine Mailinglist und kann anschließend an diese Nachrichten schicken. Nachrichten, die an die Mailinglist geschickt werden, werden an alle, die in der Liste eingeschrieben sind, weitergeleitet.

Moderne Groupware verknüpft die Leistungsumfänge von Newsgroups und Mailinglisten und erweitert sie zu einem vollständigen „virtuellen Büro“, welches über ein Internet-Interface zur Verfügung gestellt wird. Groupware dient damit zum Austausch von Informationen und zur Koordination von Projekten und Arbeitsgruppen. Über Groupware können neben Texten auch Dateien wie etwa Word-Dokumente, Excel-Tabellen, Grafiken, Tondateien und Videos ausgetauscht, organisiert und zentral archiviert werden. Der Vorteil der Verwendung besteht insbesondere darin, dass wichtige Informationen von jedem internetfähigen PC abgerufen werden können. Komplexe Rechteverwaltung ermöglicht dabei, dass Inhalte nur für jene Benutzergruppen zugänglich sind, denen der Zugriff ermöglicht werden soll.

Fazit:

Die Einrichtung von Groupware-Diensten erscheint sowohl für die Zusammenarbeit von AGs, wie auch für die Koordination spezifischer Projekte im Rahmen der Arbeit in UB und OVs sinnvoll. Es gilt jedoch zu bedenken, dass die Angebote im Bereich der Groupware-Lösungen eine extreme Vielfalt aufweisen. Das Leistungsspektrum der angebotenen Lösungen unterscheidet sich dabei stark. Daher erscheint es ratsam, zunächst sinnvolle Anwendungsgebiete für Groupware-Software zu eruieren und den benötigten Leistungsumfang zu evaluieren. Erst auf Basis dieser Analyse kann die Auswahl einer geeigneten Groupware-Lösung getroffen werden.

Anhang

Anträge und Anregungen des UB-Vorstandes	Seite 19
Bildungsvereinbarung	Seite 22
Entwurf Bildungsscheck	Seite 23
Mitgliederentwicklung	Seite 24

Anträge und Anregungen des UB-Vorstandes zur Umsetzung des Projekts „Starke Basis“

Antragssteller: UB-Vorstand

Adressat: SPD Kreis Kleve

Stichwort: Mitgliederpartei

§4 (5)

Alt: Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung ist mindestens 3 Wochen, die Beratungsunterlagen sind mindestens 10 Tage vor dem Parteitag abzusenden.

Neu: Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung ist mindestens 3 Wochen vor dem Parteitag allen Mitgliedern im UB in elektronischer oder schriftlicher Form zuzusenden. Die Beratungsunterlagen sind mindestens 10 Tage vor dem Parteitag an die Delegierten und beratenden Teilnehmerinnen abzusenden.

Antragssteller: UB-Vorstand

Adressat: SPD Kreis Kleve

Stichwort: Mitgliederpartei

§7 (1):

Neu: Beratende Teilnehmer sind: (neben den bisher aufgeführten)
Die Vorsitzenden bzw. Leiter der Arbeitskreise und Projektgruppen auf UB-Ebene.

Antragssteller: UB-Vorstand

Adressat: SPD Kreis Kleve

Stichwort: Kommunikationsfähigkeit extern

§7 (5)

Neu: Der Vorstand besucht im Rahmen von Vorstandssitzungen mindestens zweimal im Jahr gesellschaftlich relevante Organisationen oder Einrichtungen sowie Bürgerinitiativen im Kreis Kleve.

Antragssteller: UB-Vorstand
Adressat: SPD Kreis Kleve
Stichwort: Kommunikationsfähigkeit intern

§7 (6)

Neu: Der UB-Vorstand lädt vor Beschlüssen des Unterbezirksvorstandes über grundsätzliche politische, organisatorische und wirtschaftliche Fragen (einschließlich des Haushaltes des UB) sowie bei der Vorbereitung von Wahlen zu Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften die OV-Vorsitzenden beratend zu den Vorstandssitzungen hinzu oder wenn drei der Ortsvereine im UB dies fordern.

Antragssteller: UB-Vorstand
Adressat: SPD Kreis Kleve
Stichwort: Mitgliederpartei

§14 Neu Mitgliederbefragung (andere § verschieben sich nachfolgend)

(1) Die Mitglieder der Kreis Klever SPD können zu politischen Themen befragt werden.

(2) Der Unterbezirk regelt die Grundsätze für Mitgliederbefragungen im UB-Kleve im Rahmen einer Verfahrensrichtlinie, die vom UB-Vorstand erarbeitet und mit einfacher Mehrheit beschlossen wird.

(3) Der UB-Ausschuss ist im Sinne von § 6 (5) der UB-Satzung zu beteiligen.

Hier: Arbeitsaufträge an UB-Vorstand

Stichwort: Mitgliederpartei

I. Parteitage mit Werkstattcharakter

Der UB-Vorstand erarbeitet ein Konzept, damit zukünftig vor halbtägigen UB-Parteitagen eine Arbeitskonferenz mit Werkstattcharakter einberufen wird, auf der allen Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden soll, in Foren inhaltlich an unterschiedlichen Themen zu arbeiten.

Stichwort: Kommunikationsfähigkeit extern und intern

II. Themenveranstaltungen

Der UB-Vorstand wird beauftragt, jedes Jahr bis zu vier Themenveranstaltungen zu bundes- und landespolitischen Themen durchzuführen. Dabei stimmt er sich mit den Abgeordneten, Ortsvereinen und Fraktionen ab.

III. Gründung eines Arbeitskreises Integration und Migration

Der UB-Vorstand wird beauftragt, zur Gründungsversammlung eines Arbeitskreises Integration und Migration auf UB-Ebene einzuladen, um die Partei für Migrantinnen und Migranten zu öffnen und die Arbeit der Integrationsräte Kleve und Emmerich zu vernetzen.

IV. Lokaler Referentenpool

Der UB-Vorstand wird beauftragt, einen lokalen Referentenpool zu bilden, mit Expertinnen und Experten aus der Mitgliedschaft der Kreis Klever SPD und der Region, die von den Ortsvereinen in Mitgliederversammlungen und zu Veranstaltungen eingeladen werden können.

V. Kreiskonferenz

Der UB-Vorstand lädt mindestens einmal im Jahr die Ortsvereinsvorsitzenden, die Mitglieder des UB-Ausschusses, die Fraktionsvorsitzenden und die Kreistagsfraktion zu einer Kreiskonferenz ein, um den Austausch und die Zusammenarbeit im Unterbezirk zu fördern.

SOZIALE DEMOKRATIE BRAUCHT POLITISCHE BILDUNG

Erklärung der Kreis Klever SPD zur innerverbandlichen Qualifizierung



Die innerparteiliche Bildung hatte in der Geschichte der SPD immer einen hohen Stellenwert. Schon 1966 schrieb Herbert Wehner an Willy Brandt in einem Brief: *„Wir müssen uns den Ruf verschaffen, die in politischer Bildungsarbeit leistungsfähigste und interessanteste politische Gruppe zu sein“*. Dies ist auch heute weiterhin unsere Maxime der innerverbandlichen Arbeit. Eine intensive Qualifizierung und Schulung ist für uns seit jeher eine Daueraufgabe, denn wir brauchen für unsere politische Arbeit immer gut ausgebildete Funktionäre und Mandatsträger.

Der Unterbezirk der Kreis Klever SPD und seine 17 Ortsvereine als seine Untergliederungen forcieren ihre aktive Bildungsarbeit der ehrenamtlichen Strukturen und investieren in Köpfe. Durch die verstärkte Eröffnung von Angeboten der Weiterbildung qualifizieren wir unsere ehrenamtlichen Mitglieder und befähigen sie dazu, handlungs- und beteiligungsorientiert mitzugestalten und sich politisch zu engagieren. Wir dienen damit aktiv der Sicherung der Teilhabe der Mitglieder an der politischen Willensbildung.

Die SPD eröffnet gemäß dem Parteiorganisationsstatut § 9 „ihren Mitgliedern Zugang zu politischen Informationen und Qualifizierungsmaßnahmen“ und befähigt sie damit konkret zum politischen Arbeiten. Als Mitgliederorganisation und „Ort der Bildung“ werden wir so dem vielfach geäußerten Wunsch gerecht, Schulungen und Training als Dienstleistung aufzufassen und somit zugleich Wissensressourcen und neue Kenntnisse und Kompetenzen zu vermitteln.

Mitglieder wollen heute, in Zeiten hoher Angebotsvielfalt an Freizeitorganisationen und kommerziellen Dienstleistern, ihr freiwilliges Parteiengagement in ihrer Freizeit verknüpft wissen mit einem erkennbaren Mehrwert ihrer Mitgliedschaft. Dazu bedarf es seitens der Partei die Mitglieder ernst zu nehmen, Möglichkeiten der Weiterbildung und Kompetenzerweiterung zu schaffen und sie einzubinden. Die innerverbandliche Bildungsarbeit als originäre Parteiaufgabe wollen wir wieder zentraler ansiedeln und den Gebrauchswert der Mitgliedschaft in der SPD weiter erhöhen.

Der Unterbezirk der Kreis Klever SPD und seine Untergliederungen verpflichten sich ab dem 01.01.2011 bei SPD-Neumitgliedern innerhalb der ersten zwei Mitgliedsjahre einmalig die Seminarkosten von bis zu 100,00€ für ein frei wählbares Weiterbildungsangebot der politischen Bildung zu übernehmen. Die Kosten werden hälftig von Unterbezirk und Ortsverein getragen. Ende des zweiten Jahres soll eine Evaluation vorgenommen werden, um den Prozess der Neumitgliederschulung zu analysieren.

Integriert in das Qualifizierungsprogramm sind weiterhin alle SPD-Mitglieder, die sich in den Ortsvereinsvorständen, in den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen engagieren. Ortsvereins-Vorstandsmitglieder und Vorstandsmitglieder von Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen können Weiterbildungsmittel (max. 1 Seminar pro Jahr bis zu 100,00€) in Anspruch nehmen, um ihre Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu entwickeln und zu erweitern.

Zur Verbreiterung inhaltlicher, konzeptioneller und personeller Werte sozialdemokratischer Kommunalpolitik im Kreis Kleve können kommunale Mandatsträger ihre Seminarkosten bei der SGK Kreis Kleve abrechnen, die jeweils 50% der Teilnahmekosten übernimmt. So helfen wir dabei, fachliche und methodische Kenntnisse für die Arbeit in kommunalpolitischen Gremien sowie beim Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis und den 16 Städten und Gemeinden zu vermitteln.

Als Gesamtetat beim Unterbezirk wird für das erste Jahr 3.000,00€ veranschlagt, um die Genossinnen und Genossen zu schulen und zu motivieren, ihnen Wissen, Sicherheit und Selbstbewusstsein für ihre politische Arbeit mitzugeben. Zukunft braucht Qualifikation!

Entwurf des Bildungsschecks

Vorderseite

SPD		Bildungsscheck für Neumitglieder	
Wert: 100 €		Ortsverein:	
Name des Neumitglieds:			
Ansprechpartner im Ortsverein:		, Bildungsbeauftragter	
Ort, Datum:		Unterschrift:	
Bitte wenden...			

Der Wert dieses Bildungsschecks kann für ein frei wählbares Weiterbildungsangebot der politischen Bildung eingelöst werden. Anfallende Seminar- oder Tagungsgebühren werden bis zum angegebenen Wert zu 50% vom SPD Unterbezirk Kreis Kleve und zu 50% von dem SPD-Ortsverein, dem Du als Neumitglied beigetreten bist, auf Grundlage der Bildungsvereinbarung, erstattet. Die Barauszahlung des Betrages oder von Restbeträgen ist nicht möglich. Der Betrag des Bildungsschecks kann nicht für Reisekosten verwendet werden. Der Bildungsscheck ist für die ersten zwei Jahre der SPD-Mitgliedschaft gültig. Zur Anregung empfiehlt der SPD Unterbezirk Kreis Kleve die Weiterbildungsangebote des Bildungswerks Stenden (www.bildungswerk-stenden.de) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de).

Rückseite

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im SPD-Unterbezirk Kreis Kleve für die Jahre 2009 und 2010

Allgemein

Ende Dezember 2010 hatte die SPD im Kreis Kleve 1.468 Mitglieder. Ende Dezember 2009 waren es noch 1.488 Mitglieder. Dies bedeutet einen Rückgang der Mitgliederzahl um 20 oder rund 1,3 % und somit einen rund 0,7%-Punkte geringeren Rückgang als in Gesamt NRW. Am 31.12.2010 waren rund 33,51 % der Mitglieder Frauen und 66,49 % Männer. Der Geschlechteranteil blieb damit nahezu unverändert zum Jahr 2009 (33,67% zu 66,33%).

Das durchschnittliche Alter betrug bei Männern 56 Jahre und bei Frauen 57 Jahre. Durch den geringeren Frauenanteil an der Mitgliedschaft beträgt das gesamte Durchschnittsalter im UB Kreis Kleve 56 Jahre. Es blieb damit im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Ende 2010 gab es 180 Mitglieder im Juso Alter (= 12,26 %), was rund 2,25 %-Punkte höher ist, als im Landesverbandsvergleich. 2009 waren es 177. Der Anteil an Mitgliedern im Alter 60plus betrug 682 (= 46,46 % / 3%-Punkte unter Landesverbands-durchschnitt). 2009 waren es 674. Ein Anstieg um rd. einem Prozent.

Es gab 53 Eintritte in die SPD, das waren 45 weniger als im Vorjahr, welches im ganzen Landesverband ein „Ausnahmejahr“ hinsichtlich der Eintritte war. Insoweit sind die um rd. 46 % geringeren Eintrittszahlen erst im Laufe der kommenden Jahre reell einzuschätzen.

49 (3,34 % des Bestandes) Mitglieder traten im Jahr 2010 aus der SPD aus, das sind 12 mehr als 2009. 24 Mitglieder sind verstorben.

Der Durchschnittsbeitrag aller Mitglieder war zum Ende des Jahres 7,36 Euro und lag damit 10 Cent über dem Wert von Dezember 2009.

Die Gruppe der Mitglieder die seit 1-10 Jahren Mitglied sind (453) stellt gefolgt von der Gruppe der Mitglieder die bereits 11-20 Jahre in der Partei sind (334) die größte Gruppe.

Die größte Mitgliedergruppe war mit 25,68 % die der Angestellten. Die Gruppe der Rentner und Pensionäre war mit 19,62 %, als zweitgrößte Mitgliedergruppe wie schon im Jahr 2009 leicht rückläufig.

Der Anteil der Mitglieder die nicht deutsche Staatsangehörige sind, ist gemessen an der Gesamtmitglieder-zahl, weiterhin gering (2,3%). Dabei ist die Gruppe der Mitglieder mit niederländischer Staatsangehörigkeit mit rd. 41 % die mit Abstand Größte.

Bestand

Die Mitgliederentwicklung der Ortsvereine und Distrikte verlief unterschiedlich. Fünf OV/DI (18,5 %) hatten Ende Dezember 2010 einen höheren Mitgliederbestand als vor einem Jahr. Den höchsten Mitgliederzuwachs gab es im OV Goch mit fünf Mitgliedern mehr als in 2009. In Relation zum Mitgliederbestand hat auch der OV Goch mit 5,15 % den höchsten Zuwachs. Den höchsten Mitgliederverlust hatte der Distrikt Kleve-Kellen mit 7,41 % in Relation zum Mitgliederbestand zu verzeichnen.

Der Organisationsgrad der SPD, d. h. das Verhältnis der Mitgliedszahl zur Anzahl der Wahlberechtigten betrug Ende 2010 1,29 % und liegt somit geringfügig über dem Landesverbandsdurchschnitt.

Zugänge

Von den 53 Zugängen 2010 waren 45 Erstaufnahmen, 1 Wiedereintritt und 7 Umwandlungen von Gast- oder Gast-Jusomitgliedschaft in reguläre Mitgliedschaft.

Der OV Geldern nahm mit 12 die meisten Mitglieder auf. Fünf OV/DI nahmen gar kein Mitglied neu auf.

In Relation zum Mitgliederbestand hat der OV Kalkar (10,91 %) die besten Eintrittswerte.

49 Prozent der Neueintritte waren im Jusoalter, 17 % in der Altersgruppe 60plus. Von den Eintritten entfielen 32,08 % auf Frauen.

Abgänge

Die Zahl der Abgänge erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um neun, dies bedeutet eine Erhöhung um 13,8 %. Der Mitgliederverlust in Relation zum Bestand betrug im Jahr 2009 4,4 % und erhöhte sich im Jahr 2010 auf 5 %.

49 Mitglieder traten aus der SPD aus. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 24,5 %.

In absoluten Zahlen hatte der OV Kleve 1 (10) die meisten. In drei OV/DI traten gar keine Mitglieder aus.

In Relation zum Mitgliederbestand hatte der OV Uedem (7,84 %) den höchsten Austrittswert.

Betrachtet man die Austritte in Bezug auf die Dauer der Mitgliedschaft, so sind die Austrittszahlen in den Gruppen 1 - 5 Jahre und 6 – 10 Jahren Mitgliedschaft mit jeweils 18,36 % am höchsten.

Gastmitglieder

Die Gastmitgliedschaft ist seit Ende 2005 möglich. Sie ist auf 1 Jahr begrenzt und darf maximal um 1 Jahr verlängert werden. Ende 2010 waren 6 Gastmitglieder, alle männlich, im Unterbezirk Kreis Kleve der SPD. In 2009 war noch ein Gastmitglied weiblich.

gez.: Thorsten Rupp